

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanjgk, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Feschenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Beizeile ober deren Raum 80 A.

Wissen ist Macht! Bildung führt zur Freiheit!

Inhalt: Protestkongress der Hilfskassen. — Weitere Petitionen der Baugewerksämter an den Reichstag. — Politische Umschau. — „Synthes“. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Währungsregeln, Differenzen. Der christliche Pfingstfest. Bekanntmachung des Zentralvorstandes. Jahresberichte der Bauverbände: Gerüst. Berichte. Die flüchtigen arbeiterfeindlichen abschlüsslichen Zentrumsgewerkschaften in Fulda und Umgebung. — Zentralkrankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen zc. — Aus Unternehmerkreisen. — Verschiedenes. — Briefkasten. — Eingegangene Schriften. — Anzeigen.

Protestkongress der Hilfskassen.

Am 16. und 17. Januar tagte im großen Saale des Berliner Gewerkschaftshauses ein Kongress von Vertretern sowie auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteter Hilfskassen. Vertreten waren durch 243 Delegierte 291 Kassen mit 850 000 Mitgliedern, darunter auch die Zentralkrankenkasse der Maurer, „Grundstein zur Einigkeit“. Es ist aus letzterer Zahl ohne weiteres zu ersehen, daß an dieser Veranstaltung hauptsächlich die großen Berufs-kassen, die, wie auch die verbündeten Regierungen zugeben müssen, das Zeugnis durchaus solider Geschäftsführung für sich in Anspruch nehmen dürfen, beteiligt waren. Wie streng es der Kongress mit dem Prinzip der Solidarität nahm, beweist der Umstand, daß er auf Antrag der Mandatsprüfungskommission beschloß, drei notorische Schwindelkassen, die in Altona bestehen (die „Germania“, die „große Vereins-kasse“ und die „Victoria“) nicht zu den Verhandlungen zuzulassen. Dieser Beschluß war um so mehr geboten, als gewissermaßen im Mittelpunkt der zu beratenden Fragen die Bekämpfung des Schwindelkassenwesens stand.

Zweck des Kongresses war alles in allem, Stellung zu nehmen zu dem von den verbündeten Regierungen an den Reichstag gebrachten Entwurf eines Gesetzes, der die Aufhebung des Gesetzes über die eingetragenen Hilfskassen und deren Unterstellung unter das Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmen bezweckt.

Den wesentlichsten Inhalt des Entwurfs haben wir bereits vor einiger Zeit unseren Lesern mitgeteilt. Die ihm beigegebene Begründung folgerte die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Änderung hauptsächlich aus dem Umstande, daß die Existenz von Schwindelkassen nicht in Abrede gestellt werden kann.

Sowohl der Referent, Raffke-Hamburg, wie sämtliche Diskussionsredner übten an dem Entwurf scharfe Kritik, die in seiner entsetzlichen Zurückweisung gipfelte. Von den entwickelten Gesichtspunkten sind folgende die wichtigsten:

Daß die beruflichen freien Hilfskassen und die meisten der übrigen ihrem Zweck gewissenhaft genügt, sich einer soliden Geschäftsführung befleißigt haben, wird von der Regierung selbst anerkannt. Schon deshalb würde es eine groteske Ungerechtigkeit sein, unter Berufung auf schwindelhafte Praktiken einzelner Kassen die freien Hilfskassen überhaupt zu beseitigen. Selbstverständlich muß gegen die Schwindelkassen ein scharfes, auf ihre Beseitigung gerichtetes Vorgehen erfolgen, aber davon dürfen die soliden Kassen, gegen die kein begründeter Vorwurf erhoben werden kann, unter keinen Umständen mitbetroffen werden. Wenn es sich um die schon so

lange gewünschte Vereinheitlichung der Krankenversicherung auf gesetzlicher Basis handeln würde, so könne man — dieses sagte u. a. unter allseitiger Zustimmung der Referent — sicher sein, daß die freien Hilfskassen weit davon entfernt seien, dem Widerstand entgegenzusetzen. Ohne Zweifel, die gesamte Arbeiterschaft würde die Vereinheitlichung mit Freuden begrüßen. Dann aber müßten selbstverständlich nicht nur die freien Hilfskassen, sondern auch die Innungs- und Betriebskassen aufgehoben werden. Diese Gebilde aber will der Entwurf fortbestehen lassen, nur die freien Hilfskassen will er beseitigen.

Die vorgetragenen Anschauungen und Wünsche fanden ihre Zusammenfassung in folgender einstimmig angenommenen Resolution:

„Der am 16. und 17. Januar in Berlin im Gewerkschaftshause zusammengetretene Kongress der freien Hilfskassen, bestehend mit 243 Delegierten, die 291 Kassen mit 850 000 Mitgliedern vertreten, protestiert nach eingehender Erörterung des betreffenden Gesetzesentwurfs der verbündeten Regierungen gegen die in diesem Entwurf geordnete Aufhebung des Hilfskassengesetzes. Der Kongress berurteilt zwar nicht minder energisch wie die verbündeten Regierungen es tun, jede unredliche Verwaltungsvergünstigung, die durch die Beseitigung des Schwindelkassenwesens, das tatsächlich hier und da sich geltend gemacht hat. Aber diese durch öffentliches Rechtsbewußtsein und sozialistisches Interesse gebotene Reform kann sehr leicht erreicht werden, ohne daß das Hilfskassengesetz, das nach dem Zusammenhang der Regierungen sehr legitimiert genügt hat, der Aufhebung verfallt. Der Kongress fordert für alle auf Grund des Hilfskassengesetzes bestehenden Kassen, die nicht erloschen sind, die ununterbrochene Geschäftsführung fortzusetzen, die ausdrückliche gesetzliche Anerkennung, die den berechtigten Interessen der Hilfskassen ins Auge zu fassen, von denen die verbündeten Regierungen in den Motiven zu ihrem Gesetzesentwurf selbst sagen, daß sie eine einwandfreie Tätigkeit entfalten und den berechtigten Erwartungen entsprochen haben.“

Es steht nach Erlesen des Kongresses außer Zweifel, daß die Unterstellung der Hilfskassen unter das Privatversicherungsgesetz gleichbedeutend sein würde mit der Einwirkung auf die Beseitigung dieser Kassen überhaupt. Sie würden dadurch gegenüber den anderen Krankenkassen in die denkbar ungünstigste Existenzbedingung gestellt werden. Vor allem bleibt auch zu erwägen, daß durch den vorliegenden Gesetzesentwurf eine in seiner Hinsicht zu rechtferdigende Schädigung der bisher in den Hilfskassen versicherten Personen bewirkt würde. Und zwar in erster Linie derjenigen, die infolge ihres Alters oder einer nicht versicherungspflichtigen Beschäftigung ihre Aufnahme in eine andere Kasse nicht herbeiführen können. Aber abgesehen von all den schweren Schädigungen, die sich für die Hilfskassen aus der beabsichtigten Unterstellung unter das Privatversicherungsgesetz ergeben würden, ist zu berücksichtigen, daß dem Prinzip der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung auf diesem Gebiete die Gefahr der Vernichtung droht, wenn die Kassen rücksichtslos ihrer Existenzberechtigung dem willkürlichen Ermessen des Reichsaufsichtsamtes unterworfen werden.

Auf Grund all dieser Erwägungen richtet der Kongress an den Reichstag das bringende Ersuchen, den angefochtenen Gesetzesentwurf abzulehnen.

Sollte der Reichstag indes wider Erwarten im Prinzip dem Entwurf der verbündeten Regierungen zustimmen und sich für Aufhebung des Hilfskassengesetzes entscheiden, so erwartet der Kongress, daß der Reichstag wenigstens folgende Bestimmungen in das Gesetz aufnimmt:

§ 3 des Entwurfs einzuschalten, als:
Ab§ 2. Die im Ab§ 1 bezeichneten Versicherungsvereine sind als „kleinere Vereine“ im Sinne des § 63 Ab§ 1 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen (Reichsgesetzblatt 1901, Seite 125) anzusehen.

Ab§ 3. Der aus schließlich gerichtete Bestand dieser Versicherungsvereine ist bei dem Gerichte, in dessen Gebiet der Verein seinen Sitz hat, wenn nicht in Ab§ 9 ein anderes bestimmt.

Ab§ 4. Sie haben einen Reservefonds im Mindestbetrage der durchschnittlichen Ausgabe der letzten fünf Rechnungsjahre

anzusammeln, und erforderlichenfalls bis zu dieser Höhe zu ergänzen.

Ab§ 5. Solange der Reservefonds diesen Betrag nicht erreicht, ist denselben mindestens ein Zehntel des Jahresbetrages der Kassenbeiträge zuzuführen.

Ab§ 6. Auf Versicherungsvereine dieser Art finden die Vorschriften des § 115 Ab§ 2 und 3 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen keine Anwendung. Dagegen sind die Vereine befugt, britische Verwaltungsstellen zu errichten.

Ab§ 7. Eine Vereinigung dieser Versicherungsvereine zu einem Verbände behufs gegenseitiger Ausbülfe kann unter Zustimmung der Generalversammlungen der einzelnen Versicherungsvereine und auf Grund einer schriftlichen Satzung erfolgen.

Ab§ 8. Die gemäß § 124 Ab§ 2 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen vorzunehmende Prüfung des Geschäftsbetriebes und der Vermögenslage der Versicherungsvereine vorkommend gedachter Art erfolgt auf Kosten der Aufsichtsbehörde.

Außerdem fordert der Kongress als das mindeste, was gerechte Ermüdung gebietet, die Aufnahme der Bestimmung in das Gesetz, daß die Gültigkeit der jetzt geltenden Beschließung bis zum 31. Dezember 1907, statt wie in dem Gesetzesentwurf vorgesehen, bis 31. Dezember 1906 ausgedehnt wird, weil sonst die Hilfskassen mit ihrer Neuordnung nicht fertig werden würden.“

Ein weiterer Beschluß geht dahin, daß, wenn der Entwurf Gesetz werden sollte, die Zentralleitung einen Statutenentwurf nach den dann neu geschaffenen Grundsätzen auszuarbeiten und diesen Entwurf den auf dem Kongress vertreten gewesenen Kassen rechtzeitig erhältlich machen möge, um so möglicste Einheitlichkeit zu schaffen.

Es bleibt noch zu bemerken, daß, wie Schaab-Altona mitteilte, die einberufende Kommission Einladungen an das Reichsamt des Innern, an das kaiserliche Aufsichtsamt und die Reichstagsfraktionen gerichtet hatte. Vom Staatssekretär Graf Posadowsky war die Antwort eingegangen, daß er davon absehen müsse, sich vertreten zu lassen, daß er aber, falls ein Bericht über die Verhandlungen erscheinen sollte, dessen Einwendung gern entgegennehme. Das kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung erwiderte kurz, daß „es sich versagen müsse, der Einladung Folge zu leisten“.

Von den Reichstagsfraktionen war nur die sozialdemokratische vertreten, und zwar durch die Abgeordneten Frohne-Hamburg, Lesche-Hamburg und Stadthagen-Berlin. Weiter waren von dieser Fraktion als Kassenvertreter anwesend die Abgeordneten Fräßdorf-Dresden und Mahke-Flensburg. Abgeordneter Frohne hielt nach Schluss der Generaldebatte eine Ansprache an den Kongress, in der er ausführte: Die Vertretung der sozialdemokratischen Fraktion habe der Einladung unter dem Gesichtspunkte einer unabwiesbaren Pflicht Folge geleistet, um die Wünsche und Anschauungen des Kongresses kennen zu lernen. Er und sein Kollege hätten sich nicht an der Debatte beteiligt, weil sie sich nicht nachsagen lassen wollten, daß sie die Stellungnahme des Kongresses beeinflusst hätten. Es sei um so mehr geboten, sich hier nicht als Parteipolitiker, sondern lediglich als Mitglieder des zur Entscheidung berufenen Parlaments zu verhalten, als sich der Kongress aus Angehörigen der verschiedensten Parteirichtungen zusammensetze. Was da beraten werde und mit vom Reichstage zu entscheiden sei, könne nicht als Parteifrage aufgefassen werden; es handle sich vielmehr um eine sozialpolitische und Rechtsfrage von allgemeiner Bedeutung, an deren gerechter und guter Regelung die weitesten Volkskreise interessiert seien. (Sehr richtig!)

Der Kongress habe die Tendenz der Vorlage ganz richtig aufgefaßt. Diese Tendenz gelte dahin, dem staatlichen Bürokratismus gewisse Konzessionen zu machen, die sich nicht vereinbaren lassen mit dem Prinzip der Selbstverwaltung, mit den Interessen der Arbeiterchaft und der großen Masse des Mittelstandes, der in erheblichem Maße an den Hilfskassen beteiligt sei. Die Schwindeltaten seien in der großartigen Erscheinung des Hilfskassenwesens nur eine Nebenerscheinung. Die Ablehnung der Beteiligung des Reichsamtes des Innern werde bei den Arbeitern keinen günstigen Eindruck machen. (Sehr richtig!) Wenn es sich um Zünftler, Großindustrielle, Agrarier usw. handele, da verfehle die Reichsregierung nie, mit den berufenen Interessensvertretern Fühlung zu nehmen. Anders, wenn es sich um Arbeiter handele. Nedner schloß mit dem Versprechen, daß seine Fraktion mit Entschiedenheit für das Prinzip der Selbstverwaltung eintreten werde. (Anhaltender, stürmischer Beifall.)

Ueber das Schicksal der Vorlage im Reichstage läßt sich mit Sicherheit noch nichts sagen. Jedenfalls wird sie nach der ersten Beratung im Plenum an eine Kommission verwiesen werden. Vorläufig möchten wir annehmen, daß auch Freisinnige und Zentrum nicht geneigt sein werden, ihr zuzustimmen.

Weitere Petitionen der Baugewerkszünftler an den Reichstag.

Die „Lehrlingsfrage“ hat nach Ansicht unserer Zünftler immer noch nicht die „genügende“ reichsgesetzliche Regelung erfahren. Zwar hat die Gesetzgebung ihre diesbezüglichen Präzedenzfälle bereits in einem höchst beachtlichen Maße beachtet. Aber was sie wollen, ist ein rein zünftliches, sogenanntes „Lehrverhältnis“, und neben diesem soll kein anderes bestehen. Das ist der Gedanke, der erneut in einer an den Reichstag und den Bundesrat gerichteten Petition des Innungs-Verbandes deutscher Baugewerksmeister zum Ausdruck kommt. Es wird da die Veränderung einiger Paragraphen der Reichsgewerbeordnung gefordert. Die Begriffe „Lehrherr“, „Geselle“ und „Lehrling“ sollen näher präzisiert und im Gesetze festgelegt werden. „Lehrherr“ in Handwerksbetrieben soll nur sein, wer den Meistertitel in Verbindung mit der Bezeichnung eines Handwerks zu führen befugt ist. Zudem sollen alle Personen unter 17 Jahren, die nicht lediglich ausnahmsweise oder vorübergehend mit technischen Hilfsleistungen beschäftigt werden, als in einem Lehrverhältnis stehend erachtet werden, d. h. in handwerklichen Betrieben soll die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter nicht mehr gestattet sein. Als Geselle soll sich nur derjenige bezeichnen dürfen, der die Gesellenprüfung bestanden hat und sich im Besitze eines Gesellenbuches befindet. Weiter soll mit Geldstrafe bedroht werden, wer einen Lehrling vom Verlassen der Lehre antizipiert oder einem Lehrling, von dem er wußte oder wissen konnte, daß derselbe den Lehrvertrag gebrochen hat, Arbeitsgelegenheit beschafft, oder wer einen bezahlten Lehrling in Arbeit nimmt. Die Polizei soll verpflichtet werden, demjenigen, der einen aus der Lehre rechtswidrig ausgesetzten Lehrling beschäftigt, solchen zwangsweise abzunehmen. Bestraft werden soll auch, wer unbefugt den Gesellenittel führt, sowie der Vater, Vormund oder Lehrherr, der einen schriftlichen Lehrvertrag abzuwickeln unterläßt.

Zur Begründung dieser Forderung dient den Petenten die alte bekannte Phrase, daß von dieser „Reform“ eine „wesentlich bessere Ausbildung des handwerklichen Nachwuchses“ zu erwarten sei. In Wahrheit ist es ihnen aber lediglich darum zu tun, das uneingeschränkte Lehrlingsprivileg zu erhalten und die zünftlerische Organisation weiter auszuweiten und zu festigen. Es kommt dabei weder das Interesse der Lehrlinge, noch das der Gesellen in Betracht, sondern lediglich das der Meister. Man möchte die Arbeiter des Handwerks möglichst an das zünftliche Gefüge fesseln und insbesondere die „gepöbelten Gesellen“ in einen vom Standesbündel ausgehenden Gegensatz zu den anderen Arbeitern des Handwerks bringen — ein Bemühen, womit die Herren Besitz und Genossen sicherlich kein Glück haben werden.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, worin ja bekanntlich Herr Feltz auch die Hauptrolle spielt, wendet sich in einer Petition gegen die öffentliche, rechtliche Zwangsbeschäftigung wider Arbeitslosigkeit. Die Petenten behaupten: Im Prinzip möge diese Beschäftigung wohl erstrebenswert sein, aber ihrer Wertwirkung ständen kaum überwindbare Schwierigkeiten entgegen; Industrie und Gewerbe würden die daraus sich ergebende „weitere schwere Belastung“ nicht tragen können. Natürlich darf auch eine friable Verunglimpfung der Arbeiter nicht fehlen: häufig werde man „gar nicht feststellen können, ob Unlust zur Arbeit oder wirklich unverschuldete Arbeitslosigkeit vorliege“; im ersten Falle „müßte die Versicherung also demoralisierend wirken“. Das ist derselbe tendenziöse Unfug, den das Innenministerium schon in Anlehnung der Unfallversicherung auslief; auch diese soll ja, wie die Arbeiterversicherung überhaupt, die Arbeiter zum „Betrug“ verleiten und so „der Demokratisierung Vorschub leisten“.

Die Petition sagt dann, von verschiedenen Seiten sei empfohlen worden, den Gewerkschaften diesen Zweig der Versicherung in die Hand zu geben; da diese aber sämtlich einen sozialdemokratischen Charakter

tragen, so wäre die Versicherung das beste Agitationsmittel der Sozialdemokratie. Tatsächlich handelt es sich nur darum, den gewerkschaftlichen Organisationen die gefährliche Mitwirkung in der Ausführung dieser Versicherung einzuräumen. Das ist freilich ihre öffentliche Anerkennung voraus — und das ist es, was unsere Baugewerkszünftler verhindern möchten. Aber auch davon, die Berufsge nossenschaften zu Trägern der Versicherung zu machen, wollen sie nichts wissen; sie behaupten: Industrie und Gewerbe müßten schon jetzt ca. 10 pSt. des Arbeitslohnes für die Arbeiterversicherung aufwenden; sie sind schon nicht in der Lage, noch weitere Lasten auf sich zu nehmen, wenn nicht die „Konkurrenzfähigkeit dem Ausland gegenüber“ verloren gehen solle. So haben die Unternehmer bereits gejamert, als die Kranken- und die Unfallversicherung geschaffen wurde; auch damals hieß es: „unter dem Druck dieser Lasten werde Deutschlands Industrie und Gewerbe die Konkurrenz mit dem Ausland nicht bestehen können.“ Die Erfahrung hat eines Besseren belehrt, wenigstens Leute, die besserer Einsicht fähig sind.

Schließlich sagt die Petition: „Aber soll nur unverschuldete Arbeitslosigkeit Vermeidung finden und die Beteiligung an Strafen als verpöbelnd angesehen werden, so daß ein streitender Arbeiter Anspruch auf Unterbringung nicht erzieht. Allein die Tätigkeit der Arbeiter in den verschiedenen Zweigen des Baugewerkes greift direkt ineinander, daß der Streit innerhalb einer Berufsgruppe die Arbeitslosigkeit anderer Zweige nach sich ziehen muß, wodurch bei den letzteren unverschuldete Arbeitslosigkeit eintreten würde.“

„Das Baugewerbe würde von den Wirkungen des Gesetzes am empfindlichsten getroffen werden; denn die Bauzeitigkeit ist auf die kalten Wintermonate beschränkt, während sie im Winter ruht. In dieser Zeit würden die Arbeitnehmer also stets einer festeren Arbeitsgelegenheit begegnen, nicht unverschuldeter Arbeitslosigkeit ausgesetzt sein. Dießem Umstande wird aber schon jetzt bei Bemessung des Arbeitsverdienstes während der Bauzeit Rechnung getragen, indem dieser höher zu sein pflegt, als in den anderen Berufsgruppen.“

„Die Arbeitnehmer im Baugewerbe befinden sich mithin in der Lage, Mittel für den Lebensunterhalt während der arbeitslosen Zeit im Winter zurückzuliegen. Dies würde sie aber bei der Verwirklichung des Gesetzes sicherlich nicht zurückhalten, Ansprüche aus der Versicherung zu erheben.“

Demgegenüber dürfen wir wohl auf folgende Tatsachen verweisen: Der Arbeitslohn im Baugewerbe ist durchweg nicht so hoch bemessen, daß die Arbeiter im Stande wären, sich ohne Unterlegung von Entbehrungen aller Art für die arbeitslose Zeit etwas zu ersparen. Die große Masse der baugewerblichen Arbeiter ist, wenn sie während der Bauzeit nur ein einigermaßen menschenwürdiges Leben führen will, zu sehr einem Ersparen überhaupt nicht im Stande. Daß bei Bemessung des Arbeitslohnes die arbeitslose Zeit mit in Rechnung zu ziehen ist, daß der Lohn so hoch sein müßte, um davon bei normaler Lebenshaltung das Nötige für den Winter zu ersparen, war von jeher ein Grundgedanke der organisierten Arbeiterchaft. Es ist ihr nur unter beständlichem Kampf mit dem Unternehmertum gelungen, höhere Löhne zu erlangen; freiwillig haben die Unternehmer sich niemals zur Schneidung bedungen; es ist ihnen nie gelungen, zu sagen: „Weil die Arbeiter von einem im Sommer erzielten Arbeitslohn auch im Winter leben müssen, deshalb bewilligen wir ihnen aus freien Stücken einen höheren Lohn.“ Aber die Erhöhung des Arbeitsverdienstes, die die organisierte Arbeiterchaft erreicht hat, wird reichlich aufgewogen durch die Verteuerung der ganzen Lebenshaltung. Der Lohn ist nicht in demselben Maße gestiegen, wie der Preis der Lebensmittel, der Wohnung usw. Um so abjurer und ungeschicklicher ist der Versuch der Baugewerkszünftler, die Arbeitslosenversicherung speziell für das Baugewerbe mit der Behauptung juridisch zu weisen, daß die baugewerblichen Arbeiter in der Lage seien, Mittel für den Lebensunterhalt während der arbeitslosen Zeit im Winter zurückzuliegen. Wenn das zutreffend sein sollte, müßten die Löhne durchweg noch gesteigert werden, mindestens um ein Drittel ihres gegenwärtigen Betrages erhöht werden.

Politische Umschau.

Auf dem Gebiete der inneren Politik blieb in der verflochtenen Woche (14. bis 21. Januar) das Interesse der deutschen Kreise des Volkes gerichtet auf die

Wahlrechtskämpfe der Sozialdemokratie.

Ueber die Ereignisse, die sich Mittwoch, den 17. Januar, nachmittags und Abends hier in Hamburg abgepielt haben, werden wohl alle unsere Leser aus der politischen Tagespresse mehr oder weniger unterrichtet sein. Wir glauben deshalb, uns auf eine knappe Zusammenfassung der wichtigsten Tatsachen beschränken zu können.

Am Abend jenes Tages sollte in der „Bürgerchaft“, dem Parlament der freien und Konstituierenden Hamburg, die Wahlrechtsvorlage zur Beratung gelangen. Es war mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die reaktionären Elemente der Bürgerchaft versuchen würden, die Vorlage in wenigen Stunden durchzupfeifen. Umso mehr hatte die Leitung der sozialdemokratischen Partei zwingenden Anlaß, noch einmal einen energischen Appell an das Volk zu richten, es zu einer imposanten Protestkundgebung aufzurufen. Zu diesem Zwecke waren acht Versammlungen einberufen worden. Mit der Einladung dazu war eine Aufforderung zur allgemeinen Arbeiterruhe für den Nachmittag des 17. Januar verbunden. Ungezählte Tausende von Arbeitern aller Berufs leisteten dieser Aufforderung Folge, trotzdem das Arbeitsherrtum Befehl gegeben hatte, daß die Forderungen von Ausschreitung betroffen werden müßten. Diese Drohung demüht aber das Gewand von dem, was sie betreffen sollte. Die Versammlungen, zu denen man die größten verfügbaren Lokale

der Stadt genommen, waren überfüllt; Tausende fanden keinen Einlaß, so daß sich gewaltige Menschenmassen auf den Straßen aufzumanderten.

Wir wollen hier gleich eine Länge zurückweisen, die die gegnerische Presse verbreitet hat, nämlich die, daß man mit der Arbeiterruhe eine Art „politischen Massenstreik“ oder wenigstens „eine Art Generalprobe auf dießes Beispiel“ habe machen wollen. Das ist eine sehr absurde Äußerung, denn tatsächlich war lediglich das Zweck, die Macht der Demoralisation durch die Arbeiterruhe zu verhängen, genau so wie es seit 1890 häufig bei der Meuterei gelehrt.

Die Versammlungen verliefen in außerordentlicher Ordnung, und auch die anwesenden Massen auf den Straßen beobachteten, trotz der Erregung, die sie beherrschte, eine tadellose Haltung. Um einen Zug der Massen vor das Rathaus zu verhindern, hatte die Polizei unter Aufgebot aller ihrer Mannschaften zu Fuß und zu Pferde die dahin führenden Straßen in einem weiten Umkreise abgesperrt, was naturgemäß zu ungeheuren Stauungen der Menschenmassen führen mußte. Daß es dabei ohne Konflikte mit der Polizei nicht abging, ist durchaus erstaunlich. Aber nützend nahm die Masse eine andere Haltung ein, als sie sich aus solchen kritischen Situationen ganz von selbst zu ergeben pflegt.

Die salomonen Begleiterscheinungen traten erst in späterer Stunde ein, und zwar in einer Gegend der Stadt, wo das Polytechnum, der Mob, den sehr Großstadt aufzuweisen hat, sich die Gelegenheit auszuweihen hatte, seine Gebenheiten zu verüben. Diese Gebenheiten bestanden hauptsächlich in der Zertrümmerung und Zerstörung zahlreicher Bänke — ein verächtliches Tun, das wohl nur deshalb möglich war, weil hier die Polizeimacht vollständig fehlte.

Daß die Sozialdemokratie, die gesamte Arbeiterchaft Hamburg, diese Ausschreitungen entsetzlich verurteilt, bedarf wohl kaum der Erwähnung. Sie haben mit der Demonstration ihrer Tendenz, ihrem Zweck, wahrlich nichts zu tun; das ist ganz offenbar. Nichtsdestoweniger wagt der größte Teil der bürgerlichen Blätter, die Sozialdemokratie für die Ereignisse verantwortlich zu machen. Das ist eine daselbe, als wenn man die Taten derbstahl, die bei jeder großen patriotisch-öffentlichen Demonstration vollkommen, den Verantwortlichen oder Akteuren zur Last legen wollte.

Würde die Polizei der Sozialdemokratie friedliche Straßen demonstrationen gestattet, so könnte man sicher sein, daß Ausschreitungen irgend welcher Art nicht vorkommen. Denn die Arbeiter selbst über bei solchen Gelegenheiten die beste Polizei zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Dafür bietet gerade Hamburg viele Beispiele. Wer kann sich darüber wundern, daß das Schamadelertum den verächtlichen Unfug eines notorischen Eshells dazu braucht, in geschäftiger und frohlicher Weise nunmehr gegen die Sozialdemokratie zu gehen? Wer gerechtfertigt urteilen will, muß sagen, daß die einzigen Verantworlichen die „Ordnungspolitiker“ in der Hamburger Bürgerchaft sind, die den Versuch unternommen haben, das so wie so schon schlechte Wahlrecht noch mehr zu verfeinern.

Der hegenden Ordnungspresse kommen die Ausschreitungen des Hamburger Mobs natürlich sehr gelegen in Ansehung der bevorstehenden Wahlrechtsdemonstrationen in Preußen. Sie haben darin ein „Vorpiel“ für den roten Sonntag und forderte die Polizei auf zu den stärksten gewalttätigen Gegenmaßnahmen, Verbot der Versammlungen usw. Der fechtliche Wunsch gewisser Staatsverwalter ist ja, daß die Frinte stöhnen und der Säbel haue udge auf das arbeitende Volk. Dem Volke stand der sozialdemokratischen Partei gehörig die Anweisung, die Situation richtig erkannt zu haben. Er erlebte am 18. Januar eine im „Vorwärts“ stehende Kundgebung an die Parteigenossen:

„Sonntag, den 21. d. Mts., finden, wie bekannt, die Protestversammlungen gegen das Dreiklassenwahlrecht in Preußen statt. Der Protest muß durch Massenbesuch der Versammlungen ein wichtiger werden.“

Die Anführung der Protestversammlungen hat die Schamadelertum in Wut versetzt. Sie möchten die Gelegenheit benutzen, an der Sozialdemokratie ihr Mitleiden zu zeigen.

Parteigenossen! Laßt Euch nicht provozieren, von wem und von welcher Seite es auch sei. Vereidelt die Gesetze der Schamadelertum dadurch, daß Ihr jede Straßen demonstration unterläßt und bei Versammlungsausschlüssen oder nach Schluß der Versammlung den getroffenen Anordnungen Folge leistet.“

Daß das großindustrielle Schamadelertum nach Kräften mitwirken würde, die Demonstrationen gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht und für die russische Revolution zu hintertreiben, haben wir vorausgesehen. Der Verein deutscher Arbeitergewerksbände stellt folgenden Wats:

„Das internationale Bureau der sozialdemokratischen Partei hat einen Aufruf erlassen, welcher die angeschlossenen Parteien aller Länder auffordert, den Sonntag, den 21. Januar etc., oder Montag, den 22. Januar etc., durch Versammlungen und Straßen demonstrationen zu feiern. Wenn auch anzunehmen ist, daß die deutschen Arbeiter ihre Versammlungen am Sonntag, den 21. Januar etc., abhalten werden, so wäre es doch nicht ausgeschlossen, daß Gruppen von Arbeitern in einzelnen Bezirken aus am 22. Januar etc. nicht zur Arbeit erscheinen.“

Für diesen Fall bitten wir, diejenigen Arbeiter, welche am 22. Januar von der Arbeit fernbleiben, so stillen, wie die Teilnehmer an der Arbeiter als streikende Arbeiter zu betrachten. Demgemäß bitten wir Sie, Ihren Mitgliebern hierbon Mitteilung zu machen bzw. selbst davon Kenntnis zu nehmen, damit ein einheitliches Handeln ermöglicht wird.“

Das großindustrielle Unternehmertum hat damit wieder den Beweis geliefert, daß es keine wirtschaftliche Macht dazu benutzt, den politischen Kampf gegen die Arbeiterklasse zu führen.

Ueber den Verlauf der Demonstration können wir nach den bis zum Schluß der Redaktion vorliegenden Nachrichten folgendes mitteilen:

In Berlin waren 31 Versammlungen am 21. Januar abgehalten, mehrere 62 Versammlungen in den beiden Berlin umliegenden Wahlkreisen. Die Versammlungen waren durchweg überfüllt, die Flüge wurde nirgend gestört. Es war zwar die gesamte Polizeimacht aufge

boten, sie wurde aber in verborgenen Stellungen gehalten und sollte nur für den Notfall eingreifen. Die Aufrechterhaltung in und vor den Versammlungsorten hatten unsere Genossen übernommen, und sie haben ihre Aufgabe sehr gut durchgeführt.

In vielen Orten, u. a. in Altona und Umgebung, wurden die Versammlungen verboten. Wo sie aber stattgefunden haben, da sind sie überall glänzend verlaufen; es waren Demonstrationen und Protestversammlungen im wahren Sinne des Wortes. In allen Versammlungen in Preußen wurde folgende Resolution beschloffen:

Die Versammlung erklärt: Der Preussische Landtag, bestehend aus Herrenhaus und Abgeordnetenhaus, ist die Spottgeburt einer Volksvertretung.

Das Herrenhaus ist die Vertretung einer rückständigen, kulturfeindlichen Aristokratie. Das Abgeordnetenhaus, das auf Grund eines Wahlsystems gewählt ist, das selbst Bismarck schon im Jahre 1867 als das elendeste und erbärmlichste aller Wahlsysteme bezeichnete und sich bis heute als das verrotteste und widerwärtigste Wahlsystem erwiesen hat, ist ausschließlich aus den Vertretern eines raffigierigen Junkertums und einer anmaßenden Kapitalistenklasse zusammengesetzt.

Das arbeitende Volk, das den Staat erst existenzfähig macht, geht bei dieser sogenannten Volksvertretung vollkommen leer aus, in dem Zustand, der eine brennende Schmach für einen modernen Staat ist.

Eine so zusammengesetzte Volksvertretung verkörpert die nackte Klassenherrschaft.

Die Versammlung protestiert auf das nachdrücklichste gegen die Vergeßlichkeit und Negligenz, die der ungeheuren Mehrheit des preussischen Volkes durch ein solches Gerümpel einer Volksvertretung angetan wird.

Die Versammlung fordert die schleunigste Beseitigung eines solchen Privilegienparlamentes und die Wahl einer Volksvertretung, die auf Grund des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts von allen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts gewählt wird, die das 20. Lebensjahr überschritten haben, nach Maßgabe der Verhältnismäßigkeit.

Die Versammlung verpflichtet sich durch Anschluß an die Sozialdemokratie, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften für die Beseitigung des preussischen Junker- und Dreiklassenparlamentes und für die Schaffung einer dem Allgemeininteresse entsprechenden Volksvertretung zu wirken.

Neben dem Protest gegen das preussische Junkerparlament ging daher ein wichtiger Protest gegen die Miltanten der russischen Zensurpolitik, welcher durch die Annahme folgender Resolution zum Ausdruck gebracht wurde:

Die Versammlung begrüßt mit Genugtuung die revolutionären Ereignisse in Rußland, durch welche das mit Verbrechen jeder Art beladene absolutistische Regiment in seinen Grundfesten erschüttert ist und den unter bisherigen grausamen Zuständen schwächenden Willern im russischen Reich die Bahnen freier, kultureller Entwicklung geöffnet wurden.

Die Versammlung spricht allen Kämpfern für politische Freiheit in Rußland ihre herzlichste Sympathie und Bewunderung aus, ganz besonders aber den Männern und Frauen, die auf dem Boden der sozialdemokratischen Anschauungen stehend, mit und in dem Proletariat wirken und kämpfen, deren zäher und unermüdlicher Arbeit, die sie seit Jahrzehnten allen Gefahren und Verfolgungen zum Trotz beschreiben haben, in erster Linie dieses große Resultat zu danken sind.

Die Versammlung betrachtet es als Pflicht des deutschen Proletariats, die Opfer dieser Kämpfe, deren Siege seine Siege sind, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

Im Königreich Sachsen, wo sich die Klassenbewußte Arbeiterchaft gleichfalls in einer Protestbewegung gegen das elende Wahlrecht zum Landtag befindet, wurden fast alle zum Sonntag geplanten Versammlungen verboten. Schlotternde Angst hat die herrschende Gesellschaft ergriffen ob der Vorbereitungen des Proletariats, sich sein Recht zu erkämpfen. Selbst die ruhigen Diskussionen in Versammlungen über das Wahlrecht können sie nicht mehr vertragen.

Während in Preußen die öffentliche Gewalt ermag, wie sie bei Demonstration des arbeitenden Volkes für die Reform des Wahlrechts zum Landtag am besten begegnen könne, erhielt die „Alltagspartei“ Entwürfe von sehr hoher Seite. Ein Sprößling eines souveränen Hauses, der bayerische Prinz Ludwig, hielt in der Wahlrechtskommission der bayerischen Kammer der Reichsräte eine Rede zu Gunsten des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, das allein geeignet sei, die wahre Stimmung zum Ausdruck zu bringen. Er führte weiter dazu aus: Man solle nur das Ausland ansehen und insbesondere diejenigen Staaten, in denen veränkerliche Wahlsysteme beständen, die dem Gerechtigkeitsgefühl der großen Masse der Bevölkerung widerträgen. Ob diese Wahlsysteme noch lange fortbestehen dürften, sei zu bezweifeln. Es sei leicht möglich, daß sie durch radikale Systeme ersetzt werden. In Bayern fehle zur Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts nur noch die Zustimmung der Kammer der Reichsräte. Diese zu geben, liege im Interesse des Landes, das sonst nicht zur Ruhe komme. Damit hat der bayerische Prinz den preussischen Reaktionsären eine fürchtbare Beschwörung bereitet.

Die sächsische Justiz an den Straßendemonstrationen hat sich wahrhaft monströs ausgeartet. Nahezu einundzwanzig Jahre Gefängnis hat sie über Teilnehmer an den Wahlrechtskundgebungen verhängt. Von 26 Angeklagten, die wegen Aufrufes, Landfriedensbruchs, Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Beamtenebeleidigung, Aufbe-

störung uhm. angeklagt waren, ist nur ein einziger freigesprochen worden. Den übrigen Verurteilten, die zum Teil verurteilt sind und Kinder zu ernähren haben, sind empfindliche Strafen auferlegt worden. Eine ganze Reihe von Angeklagten stand empfindlicheren an dem bedauernswollen Abend unter dem Einflusse des Alkohol. Viele mußten nicht einmal, warum es mit der harten Arbeit am anderen Ende der Stufenleiter? Die „Metallarbeiter-Zeitung“ hat sie in ihrer Verprechung des Buches von Hertner gekennzeichnet: „Da sind oft schlechte, feuchte und unzulängliche Arbeitsräume, schlechte Arbeitsmaschinen und Werkzeuge, schlechte Rohstoffe, schmutzige, quälende und verbitternde Behandlung durch Meister, Werkführer, Fabrikanten oder Fabrikdirektoren. Beschimpfungen, schlechte Zeit- und Akkordlöhne, und daher schlechte, unzureichende Verdienste, die Not und Entbehrungen, schlechte Ernährung, Mangel an edlen Vergnügungen usw. zur bedauerlichen Folge haben. Lange Arbeitszeit, chronische Ermüdung, Störungen in der Gesundheit usw.“ Diese Darstellung findet nicht den Befall des Lynkeus, aber was macht das aus, wenn man nicht leugnen kann, daß die Schilberung vorhandenen Zuständen entspricht, daß es noch schlimmere Arbeitsverhältnisse gibt und außerdem ein beständiges Wenden, dessen Folge die Knechts der Unternehmer bildet und ihnen gestattet, im Verhältnis zwischen Lust und Last der Arbeit den Fluch Knechts für einen großen Teil des Volkes zu erneuern? Allzu deutlich redet die Wahrheit; während an der Spitze Arbeit und Genug ein werden, steht an der unteren Stufe der Leiter die Last allein, sind Lust und Freude an der Tat von der Last ganz erdrückt, und es ist nicht etwa nur die Differenz der geistigen Anlage, sondern in erster Linie die Raue des „Rechts“, die Verfassung der Gesellschaft, die es bewirkt, daß der Fluch Knechts auf den Unteren lastet, während der heimliche Segen, die Lust, mit jeder Stufe nach oben zunimmt, bis die Last sich ganz verflüchtigt.

Lynkeus findet es frech und verbredertisch, wenn man den Enterbten diese Wahrheit schilbert, aber ganz in der Ordnung, wenn er sich als Demagog des Reichstums etabliert, den Unternehmern ihren Kraft und die „Erträglichkeit“ ihrer Betriebe als heiliges Gut darstellt und die Zustände der Arbeiter zu idealen Werten fälschend umprägt. Dieser Lynkeus, der so viel weis ist wie sein Stil, mag schreiben, soviel er will: Ethik und Ökonomie sind beide im Lager der Arbeiter, geistige und materielle Faktoren der Entwicklung wirken als die Verbündeten der Besitzlosen, auf deren technische und geistige Fortschritte der Kapitalismus selbst angewiesen ist. Und wenn Lust und Last der Arbeit sonst zu Gunsten der Besitzenden verteilt sind — in einem Betracht ist es anders: es ist eine schöne Lust, den Besitzlosen ihren Mund mit der höchsten Intelligenz und den Mächtigen der Entwicklung nachzuweisen, die Wahrheit zu sagen, und es ist eine jämmerliche Last, den Besitzenden vorzuspiegeln, daß sie die arme verlorene Insubnd und ein Opfer der Begehrlichkeit der Arbeiter seien!

Lynkeus hat seinen Namen entweder nach jenem Sohne des Aigypthos gewählt, der sich gegen seinen Onkel Danaos empörte, diesen umbrachte und ihm den Schild abnahm, der die Wunderkraft hatte, Volkstunfreud zu beschwichtigen, oder nach jenem Aphareiden, der Erdröck und Hellen mit seinen Widern durchdrang, aber von seinem Vetter Pollog, dem Dioskuren, im Kampf um räuberische Beute erschlagen wurde. Welchen von beiden unser Lynkeus zum Gebalter erwählt haben mag: es war ein kläber Nihilist! Ethik und Gehalt seiner Entwürfen in der „Arbeiter-Zeitung“ sind allzu ungeeignet, den „Aufbruch“ der aufsteigenden Klasse zu beschwichtigen; sie verraten wohl einen gewissen Besessense, aber nichts vom durchdringenden Blick, den die Sage dem Sohne des Aigypthos nachrächt. Männer wie Lynkeus kann der „furchtbare“ Bund der Masse und der Intelligenz gern und ganz entbehren; ja, dieser Bund steht jene mit Interesse und Genugtuung als die Klopfschere des Proletariats auf der Gegenseite. Gunia z.

Sober Reichstagsminister als Verteidiger einer Straftat, die oft genug in ihrer Wirkung dem Wort gleichkommt! Das ist möglich in einem Staate, der sich „Reichsstaat“ nennt. Aber freilich: dieser „Reichsstaat“ ist ja in Wahrheit ein Klassenstaat mit Klassenkampf. Es gibt da „Auswerwerter“, die „um ihrer Ehre willen“ geradezu verpflichtet sein wollen, Selbsthülfe mit Wapen zu tun, die Geleite zu überretten! Man verleihe damit die drakonische „Gerechtfertigkeit“, die arme Arbeiter trifft, wenn sie sich in Verteidigung denkbar berechtigter Interessen Anklagen wegen sogenannter „Streikvergehen“ zuziehen.

„Lynkeus“.

„Recht und Wahrheit sind auf Seiten der kulturverhaltenden Stände, und die siegreiche Kraft, die diesen inneohnt, wird durch die unaufhörliche Befriedigung von allen Seiten her nicht verringert, sondern vergrößert, sowie alles Gute in der Natur durch Kampf und Streit gefördert und geträgt wird.“ So schreibt „Lynkeus“ in der ersten Nummer der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ von diesem Jahre. Die kulturverhaltenden Stände sind ihm seine Arbeitgeber. Der angeführte Satz ist der Schlüssel eines Aufsatzes über das neue Buch von Professor Hertner: „Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Arbeitsfreude“. In diesem Buch und einigen arbeitersfreundlichen Artikeln darüber findet Lynkeus ein Programm entwickelt, das den Arbeitgeber zum Maître de plaisir machen will; gegen dieses Programm rühmt er die „hohen sittlichen Aufgaben der Arbeit selbst, deren Erfüllung einen reicheren Quell an Befriedigung und Genugtuung mit sich bringt“. Der Stil dieses schönen Satzes steht auf der Höhe seines Gehalts, und beide kennzeichnen den Autor, einen Mann der patetischen Phrase, einen Demagog, der seine Edele auf die Instinkte, Vorurteile und Vorurteile der „Herren“ gestellt hat und diese ähnlich „ausbeutet“, wie viele die tödliche Angst der Juden vor dem Antisemitismus zur Grundlage eines einträglichen Gewerbes gemacht haben. Es macht sich sehr gut, wenn solch ein Wortführer des Unternehmertums von der hohen sittlichen Bedeutung der Arbeit und der aus ihr selbst fließenden Befriedigung redet. In demselben Aufsatze empört sich dieser Autor gegen ideale Forderungen eines Artikels der „Sozialen Praxis“, der den Unternehmer nach der Meinung von Lynkeus nötigen will, seine Aufmerksamkeit „weniger auf die Erträglichkeit (!) seines Betriebes, wie (statt als) auf das Amüsement seiner Arbeiter zu richten“. Diese stillistische Entgleisung des Lynkeus ist ein vortrefflicher Witz wider Willen. Der Ertrag eines Betriebes sollte nicht dadurch genommen werden, daß dieser Betrieb unextragant für die Arbeiter wird; auf mehr gehen die bescheidenen Forderungen der Arbeiter nicht. Welch einen Ertrag aber will der Arbeitgeber erwirtschaften, bevor er seinen Betrieb „extragant“ und in seiner Arbeit eine Quelle der Befriedigung findet?

Die Frage des Verhältnisses zwischen Lust und Last der Arbeit ist zugleich eine volkswirtschaftliche und eine ethische. Die religiöse Ethik hat sich in der Behandlung dieser Frage von jeher mit jenem Fluche auseinandergesetzt, den Jähwe ausgeprochen haben soll, als er die Menschen aus dem Paradiese trieb, wo mühelos zu erntende Früchte zugleich den physischen und ästhetischen Genuß ergötzen — hinaus auf den Acker der Dornen und Dornen, um im Schwitze des Angeichts zu bebauen. Die christlichen Ethiker sind in einiger Verlegenheit wegen des „Fluches“, der auf der Arbeit lastet; denn es liegt ihnen ob, dieselbe Arbeit nicht nur als stützliche Pflicht nachzuweisen, sondern sie müssen den Fluch in Segen umdeuten. Jähwe ist ja nicht immer in derselben Stimmung, er bereut auch und nimmt ein hartes Wort zurück. Ganz heimlich durchschte er den Fluch, den sein Jodn ausgesprochen hatte, ins Gegenteil. Aber freilich: etwas von dem „Segnen der Kreatur“, das seit dem glühenden Jähwe auf der Natur lastet, ist nach der Meinung der Ethiker geblieben; die Arbeit ist zwar Lust, aber auch harte Last; die Mischung von beiden ist sehr verschieden: im künstleri-

chen Schaffen — schon durch den Ausbruch als der Schöpferlast bewandt bezeichnet — steigt die Lust so sehr, daß Genug und Arbeit zusammenfallen und eins werden. Wie aber steht es mit der harten Arbeit am anderen Ende der Stufenleiter? Die „Metallarbeiter-Zeitung“ hat sie in ihrer Verprechung des Buches von Hertner gekennzeichnet: „Da sind oft schlechte, feuchte und unzulängliche Arbeitsräume, schlechte Arbeitsmaschinen und Werkzeuge, schlechte Rohstoffe, schmutzige, quälende und verbitternde Behandlung durch Meister, Werkführer, Fabrikanten oder Fabrikdirektoren. Beschimpfungen, schlechte Zeit- und Akkordlöhne, und daher schlechte, unzureichende Verdienste, die Not und Entbehrungen, schlechte Ernährung, Mangel an edlen Vergnügungen usw. zur bedauerlichen Folge haben. Lange Arbeitszeit, chronische Ermüdung, Störungen in der Gesundheit usw.“ Diese Darstellung findet nicht den Befall des Lynkeus, aber was macht das aus, wenn man nicht leugnen kann, daß die Schilberung vorhandenen Zuständen entspricht, daß es noch schlimmere Arbeitsverhältnisse gibt und außerdem ein beständiges Wenden, dessen Folge die Knechts der Unternehmer bildet und ihnen gestattet, im Verhältnis zwischen Lust und Last der Arbeit den Fluch Knechts für einen großen Teil des Volkes zu erneuern? Allzu deutlich redet die Wahrheit; während an der Spitze Arbeit und Genug ein werden, steht an der unteren Stufe der Leiter die Last allein, sind Lust und Freude an der Tat von der Last ganz erdrückt, und es ist nicht etwa nur die Differenz der geistigen Anlage, sondern in erster Linie die Raue des „Rechts“, die Verfassung der Gesellschaft, die es bewirkt, daß der Fluch Knechts auf den Unteren lastet, während der heimliche Segen, die Lust, mit jeder Stufe nach oben zunimmt, bis die Last sich ganz verflüchtigt.

Lynkeus findet es frech und verbredertisch, wenn man den Enterbten diese Wahrheit schilbert, aber ganz in der Ordnung, wenn er sich als Demagog des Reichstums etabliert, den Unternehmern ihren Kraft und die „Erträglichkeit“ ihrer Betriebe als heiliges Gut darstellt und die Zustände der Arbeiter zu idealen Werten fälschend umprägt. Dieser Lynkeus, der so viel weis ist wie sein Stil, mag schreiben, soviel er will: Ethik und Ökonomie sind beide im Lager der Arbeiter, geistige und materielle Faktoren der Entwicklung wirken als die Verbündeten der Besitzlosen, auf deren technische und geistige Fortschritte der Kapitalismus selbst angewiesen ist. Und wenn Lust und Last der Arbeit sonst zu Gunsten der Besitzenden verteilt sind — in einem Betracht ist es anders: es ist eine schöne Lust, den Besitzlosen ihren Mund mit der höchsten Intelligenz und den Mächtigen der Entwicklung nachzuweisen, die Wahrheit zu sagen, und es ist eine jämmerliche Last, den Besitzenden vorzuspiegeln, daß sie die arme verlorene Insubnd und ein Opfer der Begehrlichkeit der Arbeiter seien!

Lynkeus hat seinen Namen entweder nach jenem Sohne des Aigypthos gewählt, der sich gegen seinen Onkel Danaos empörte, diesen umbrachte und ihm den Schild abnahm, der die Wunderkraft hatte, Volkstunfreud zu beschwichtigen, oder nach jenem Aphareiden, der Erdröck und Hellen mit seinen Widern durchdrang, aber von seinem Vetter Pollog, dem Dioskuren, im Kampf um räuberische Beute erschlagen wurde. Welchen von beiden unser Lynkeus zum Gebalter erwählt haben mag: es war ein kläber Nihilist! Ethik und Gehalt seiner Entwürfen in der „Arbeiter-Zeitung“ sind allzu ungeeignet, den „Aufbruch“ der aufsteigenden Klasse zu beschwichtigen; sie verraten wohl einen gewissen Besessense, aber nichts vom durchdringenden Blick, den die Sage dem Sohne des Aigypthos nachrächt. Männer wie Lynkeus kann der „furchtbare“ Bund der Masse und der Intelligenz gern und ganz entbehren; ja, dieser Bund steht jene mit Interesse und Genugtuung als die Klopfschere des Proletariats auf der Gegenseite. Gunia z.

Wasserbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

- Hamburg:**
 - Hamburg (Sperrn über die Bantzen: Riekhof, Markmannstrasse, Nieland, Ehrlichstrasse, Kietzmann, Eilbekthal, Opel & Mehlhouse, Ojendorf bei Steinbek);
- Schleswig-Holstein:**
 - Barmstedt (Sperrn über Rathjens, in Hemdingen);
- Mecklenburg:**
 - Schwerin (Sperrn über Ferd. Stange), Neubrandenburg (Sperrn über Feudel);
- Pommern:**
 - Gollnow (Sperrn über Küster);
- Brandenburg:**
 - Spandau (Sperrn über Unternehme Rucksch);
- Provinz Sachsen:**
 - Berntorode, Untereichsfeld (Sperrn über die Kaliverke);
- Königr. Sachsen:**
 - Leipzig (Gespart ist die Firma Marlen & Kunze, Bahnhofsbauten), Hirschberg a. d. S. (Aussperrung);
- Thüringen:**
 - Gössnitz (Streik), Erfurt (Sperrn über Wagner), Coburg (Differenzen), Eisenach (Sperrn über Wagner), Gera (Sperrn über Hirsch);
- Rheinprovinz und Westfalen:**
 - M-Gladbach (Sperrn über Bongarts);
- Hannover und Oldenburg:**
 - Delmenhorst (Sperrn über die Wollkammer), Visselhövede (Sperrn über Cohrs und Köster);
- Elsass-Lothringen:**
 - St. Ludwig (Differenzen bei der Firma Matter aus Strassburg);

Berichte.

Bericht über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Beschlüsse (sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Forderungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Ungetreue Kassierer.

Der Zweigverein Ulm hat sich in seiner am 11. Januar abgehaltenen Versammlung mit zwei Kollegen beschäftigt, die ihre Pflicht als Kassierer gründlich verlehrt haben. Der Kassierer Karl Gömes von Mählingen ist seit circa drei Wochen spurlos verschwunden und hat das Geld für verkaufte Marken im Betrage von M. 18,68 nicht eingeliefert, ebenso hat er sein Kassiererbüchlein sowie den Bezirkstempel Nr. 21 mitgenommen. Bei dem anderen, Max Mayer, von Ober-Echingen, handelt es sich ebenfalls um M. 18, die er als Kassierer einliefert und nicht abgeliefert hat. Beide wurden von der Versammlung nach § 37 des Statuts ausgeschlossen, weiter wurde beschlossen, sie bei der Staatsanwaltschaft anzuzeigen. Dies zur Warnung bei den Wahlen von Kassierern.

Brandenburg a. d. S. In der am 7. Januar hier abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Als erster Vorsitzender wurden Kollege Kluth, und als erster Kassierer Kollege Hoffmann wiedergewählt. Um die Interessen der in Berlin arbeitenden Kollegen mehr als bisher vertreten zu können, und um die seit Jahren herrschende Spannung zwischen den in Berlin arbeitenden Kollegen einerseits und den am hiesigen Orte arbeitenden Kollegen andererseits mehr auszugleichen, wurde Kollege Löwen als Beisitzer zu den Vorstandswahlen gewählt. Die Vorstandswahlen sollen nach Möglichkeit des Sonntags abgehalten werden. Weiter wurde noch beschlossen, im Februar ein Vergütungsgesuch abzugeben. Es findet am 8. Februar in der „Birgerhalle“ statt.

Düsseldorf. (Die Ehrlichkeit der Christlichen.) Da die Schwarzspannerei wegen der von uns eingeschlagenen Taktik bei der Sperre über die Allgemeine Hochbauergesellschaft noch nicht zur Ruhe kommen können - sie nämlich bekanntlich das letzte Wort haben - und in Nr. 2 der „Baueveritas“ nochmals geschicklich schimpfen, ohne auf die angebotene Aussperrung eingegangen, fühlten wir uns veranlaßt, nochmals wegen der Streifabrechnung, die in Nr. 8 der „Baueveritas“ mitteilt, kurz darauf einzugehen. Zu Beginn der Sperre wurde beschlossen, daß die Kosten für Fernhaltung des Zuguges von den drei beteiligten Organisationen gemeinsam getragen werden sollten, und zwar sollte jede Organisation, also auch die Schwarzspannerei, ein Drittel zahlen. Nach Aufhebung der Sperre wurden die Kosten der einzelnen Organisationen zusammengestellt, die insgesamt M. 260,35 betragen; und zwar hatten wir ausgegeben M. 122,45, die Bauarbeiter M. 6,50 und die Christen M. 61,45. Diese Summe wurde drei geteilt, macht für jede Organisation M. 86,78. Der Kollege Meißner hat denn auch an mich noch M. 25,33 gezahlt, so daß ich tatsächlich annehmen mußte, die Christlichen hätten ebenfalls für Fernhaltung des Zuguges M. 86,78 bezahlt. In der Streifabrechnung der „Baueveritas“ ist für Fernhaltung des Zuguges jedoch nur eine Summe von M. 47,45 angegeben. Angenommen, die M. 25,33, die Meißner an mich gezahlt hat, seien in der Abrechnung nicht vorhanden, so der Summe von M. 47,45 zugezählt, würde immer erst eine Summe von M. 62,86 ergeben. Ein Irrtum in der Abrechnung ist nach meiner Ansicht ausgeschlossen, da außer der Streifabrechnung und Fernhaltung des Zuguges nur noch M. 5,92 für Porto und Streifenmaterial angeführt sind, während nur für Fahrgeld und Bahnsteigkarten noch M. 45,60 angegeben haben. Die Tatsache steht also fest, daß die Christlichen uns und die Bauarbeiter aus ihrer eigenen Streifabrechnung um M. 26,20 überverteilt haben.

Nürnberg. Zur Abschließung beschließen sich nun die Christlichen mal wieder über den Terrorismus der freien Gewerkschaften. Um Mühlennubau bei den Unternehmern Schmidt von Altona und Fr. Schrader von hier haben unsere Kollegen die Polizei ersucht, die Christlichen Maurer von der Baustelle zu entfernen. Nach einigem Sträuben entließ schließlich die Firma Schmidt die zwei Christlichen, die dort am Bau beschäftigt waren. Die Christlichen gingen darauf bei Schrader an, wo noch mehr von diesen Zentrumschristen arbeiteten. Doch auch hier ersuchten unsere Kollegen den Polizei, er möge die Christen nach einer anderen Baustelle schicken, was auch zum Teil geschah. Hierüber herrscht natürlich große Enttäuschung bei den Zentrumschristen. Dieser Fall erklärt sich aber, wenn man das Treiben der Schwarzspannerei berücksichtigt, sehr leicht. Im Sommer vorigen Jahres ging der unsere Kollegen gut bekannte Herr Kott zur Allgemeinen Hochbauergesellschaft und machte mit ihr aus, daß Christliche Maurer eingestellt werden sollten. Um möglichst sicher zu gehen, mußten alle Maurer einenchein von Kott vorzeigen; unter Umständen geneigte, wie wir feststellen haben, auch ein christliches Buch. Die Folge davon war, daß unsere Kollegen zurückgemieden wurden. Bei der Firma Florad, am Postnubau, wird jeder Maurer, der dort um Arbeit anfragt, bereits vom Polizei nach der Zugehörigkeit zum Verband gefragt. Zentralveränderbar werden nicht eingestellt. Sollte jemand das Glück haben, vom Bauarbeiter eingestellt zu werden, dann muß er entweder christlich werden oder seine Arbeit quittieren. In wieviel Fällen unsere Kollegen durch christliche Poliere aus der Arbeit fliegen, entzieht sich leider unserer Kenntnis. Diese Fälle, die unseren Kollegen bekannt sind, veranlassen sie, am Mühlennubau wie gesehen aufzutreten.

Breslau. Dienstag, den 9. Januar, tagte hier im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Mitgliederversammlung, die sich mit dem neu abzuschließenden Lohn- und Arbeitsvertrag beschäftigte. Kollege Wibera gab zu-

nächst bekannt, daß der neue Vertrag in Gemeinschaft mit den Baulegeierten, dem Führer- und Zweigvereinsvorstand durchgearbeitet worden sei. Der neue Vertrag soll auf einer ganz anderen Basis festgelegt werden als der bisherige, der auf Pfingsten abläuft. Da dieser gerade zu einer Zeit abgeschlossen werden mußte, wo die Bautätigkeit in ganz Deutschland minimal war und ein großer Teil der deutschen Kollegen arbeitslos auf dem Straßensplaner spazieren gehen mußte, so waren unter diesen Umständen eine Umwälzung von Schäden und Mängeln in den Tarif hineingekommen, die diesmal vermieden werden mußten. Bei der Ausarbeitung des neuen Tarifs mußten ferner verschiedene Gesichtspunkte wohl erwogen werden. Zum besseren Verständnis des Tarifs legte Kollege Wibera dar, daß der neue Vertrag von drei Gesichtspunkten aus betrachtet werden müsse. 1. Die Neuerungen in demselben, 2. die geänderten Punkte und 3. das aus dem alten Vertrage Uebernommene: Wibera ging nun an der Hand reichhaltigen Materials beide Verträge durch und erläuterte die Nachteile des alten und die Vorteile des neuen Vertrages. Vor allem galt es, festzulegen, wie weit und auf welche Orte der neue Vertrag sich erstrecken solle. Aus diesem Grunde habe man zum ersten Male die Vororte und Ortsteile namentlich im Vertrage aufgeführt, da jetzt dort verschiedene Löhne gezahlt werden, und man sich nur danach richte, welchen Wohnort der Unternehmer angehöre, um auch dem Vertrage einen größeren Wert zu verleihen, soll er als rechtverbindlich zwischen dem Arbeitgeber und für das Baugewerbe zu Breslau einerseits und dem Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein Breslau und Umgegend, andererseits abgeschlossen werden. Dieses machte sich notwendig, damit auch die Kollegenenschaft ein Klagenrecht auf Einhaltung des Vertrages habe. Auch die Zeit der Gültigkeit des Tarifs hat eine Veränderung erfahren. Er soll nicht mehr von Pfingsten ab gelten, sondern am 2. Juni 1906 in Kraft treten und nach zweijähriger Dauer am 30. April 1908 sein Ende erreichen. Für die Lohnfrage war die Gestaltung der späteren Lebensmittelpreise maßgebend, da nach den Berechnungen von Gelehrten und Volkswirtschaftlern nach dem Infratreten des neuen Tarifes eine Erhöhung der Lebensmittelpreise um den Mindestbetrage von M. 95 für eine Familie von fünf Köpfen eintritt. Aus diesem Grunde mußte, auch wenn die neunstündige Arbeitszeit eingeführt wird, ein Stundenlohn von 60 S festgelegt werden. Dadurch erhöht sich das Einkommen eines Kollegen um M. 98 in 40 Wochen, bei Ausschluß von Feiertagen. Diese man den Verlust, der durch Regen und sonstige unfreiwillige Feiertage entstehe, wozu ab, so wurde immer noch ein Defizit herauskommen, und dieses müßte durch eine noch größere Einschränkung der Lebenshaltung gedeckt werden. Wie weit aber eine Wertverwertung der gesamten Lebensbedürfnisse durch den Tarif eintreten werde, lasse sich noch gar nicht übersehen. Dazu komme noch, daß man noch gar nicht daran denke, mit den indirekten Steuern Schluss zu machen, sondern man plane ja noch Zabr, Bier, Zigaretten, Quittungssteuer usw. Aber die ganze gegenwärtige Politik laufe ja darauf hinaus, das Kapital immer mehr zu konzentrieren, um die kleinen Gewerbetreibenden tollends zu Grunde richten zu können und sie zu Arbeitern zu machen. Betreffs der durch Invalidität, Unfall oder Alter minderleistungsfähigen Gesellen sollen die Bedingungen der freien Vereinbarung unterliegen, jedoch soll der Lohn nicht unter 60 S betragen. Auch für Jungesellen ist ein bestimmter Lohnsatz festgelegt worden. Als notwendig hat es sich erwiesen, daß auch dem Aussehen wegen Materialmangels oder wegen sonstiger wichtiger Gründe ein Ende gemacht wird; denn die Kollegen haben hierdurch ungewohnten Schaden erlitten. Neu ist die Bestimmung, daß für die Fassadenputzer ein Stundenlohn von 30 S festgelegt wurde; dieses geschah deshalb, um auch später einmal der Arbeit ein Ende zu machen. Und muß in energischer Weise die Bezahlung der Stunden verlangt werden, die man nach Feierabend auf den Lohn warten müsse. Die Ueberlandsarbeit ist im Vertrage ebenfalls geregelt worden. Um Streitigkeiten zwischen den Unternehmern und Arbeitern belegen zu können, soll es dem jeweiligen Vertreter beider Organisationen jederzeit gestattet sein, die in Betracht kommende Arbeitsstelle zu betreten. Diese Bestimmung ist auch um deswiller notwendig, damit nicht wieder Kollegen bestraft werden können, wenn sie zur Schlichtung der Streitfälle beitragen wollen. Bauwunden und Worte sollen ebenfalls geregelt werden, da die hauptsächlichsten Bestimmungen in den meisten Fällen ungenau worden sind. Hierauf folgte die Beratung des Vertrages, der mit kleinen Änderungen fast einstimmig angenommen wurde. Ueber die Lohnhöhe fand eine erregte Debatte statt. Es wurde bemängelt, daß für die Fassadenputzer ein Stundenlohn festgesetzt worden sei, während man die Innenputzer übergegangen habe. Häßler fragt an, weshalb überhaupt die Arbeit der Fassadenputzer festgesetzt worden sei, sondern dies solle der Regel der Fassadenputzer sein. Wenn davon Abstand genommen würde, für Innenputzer einen Stundenlohn festzusetzen, so trügen diese Kollegen selbst die Schuld daran; denn hier werde die Kollegialität gänzlich außer acht gelassen. Die Arbeiten würden von diesen Kollegen übernommen nach Grundätzen, die es jedem älteren Kollegen unmöglich machen, an der Arbeit teilzunehmen. Es komme vor, daß man sich das Haus von der Straße aus ansehe und dann den Preis bestimme. Die schlimmen Folgen dieses Systems sehe man an den vielen Kollegen, die durch das Innenputzen schon mit 30 Jahren zu Invaliden geworden sind, während bei den Außenputzern noch ein großer Teil aller Kollegen beschäftigt ist, die als Maurer kaum noch Beschäftigung finden würden. Diesen Uebelstand durch Versammlungsbefehl, abzuschaffen, sei bei dem heutigen Stande der Dinge nicht möglich. Hoffentlich werde diese Versammlung dazu beitragen, daß die Schäden der Arbeit von den Kollegen erkannt werden, so daß sie ganz energisch auf die Abschaffung derselben bringen. Unter „Verschiedenes“ beantragte die Verwaltung, beim Hauptverband den Antrag zu stellen, daß die Kollegen Karl Wirtel und Aug. Kasper zu Ehrenmitgliedern ernannt werden, da sie ihre Pflichten vollständig erfüllt haben und auch über 60 Jahre alt sind. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Weiter teilte Kollege Wibera mit, daß bei Besetzung der Sperre weiterbestehende

da der Unternehmer jeder Verhandlung unzugänglich ist. Weiter wurde bekannt gegeben, daß der Lehrbrief des Kollegen Groß gefunden worden ist und daß am 21. Januar das Verhandlungsprotokoll geschlossen bleibt. Die Kollegen werden ersucht, sich recht zahlreich an der Flugblattverbreitung zu beteiligen. Zum Schluß ersucht Wibera die Kollegen, endlich in energischer Weise den Ueberhundert ein Ende zu machen. Um 11 Uhr erreichte die gut besuchte Versammlung ihr Ende.

Naohsricht: Es hat sich in der neueren Zeit in jeder Versammlung eine Unruhe bemerkbar gemacht, die dem Versammlungsleiter sein Amt in ungeheurer Weise erschwert. Auch verläßt der größte Teil der Versammlungsbesucher vorzeitig das Lokal, um sich dann vielleicht monatelang nicht wieder sehen zu lassen. Diesen Kollegen würde zu raten sein, einmal eine Parteiversammlung zu besuchen; sie würden sich vielleicht bessern.

Edm. Am 16. Januar tagte hier eine Generalversammlung des Zweigvereins Edm mit der Tagesordnung: Beratung über unsere Lohnforderung und Stellungnahme zur diesjährigen Vertragsfrage. Mit dem ersten Punkt der Tagesordnung hatte sich schon eine Versammlung befaßt, war aber nicht zu einem bestimmten Resultat gekommen. Nachdem man nun in den angelegten Stellen aus dem Streitpunkten Stellung genommen hatte, wurde folgende einstimmig beschlossen. Der Lohn beträgt für Maurer ab 1. Mai 1906 bis 1. Mai 1907 60 S, bei Fassaden- und Innenputzern in demselben Zeitraum 65 S, bei Fassadenputzern 70 S. Bezüglich der diesjährigen Vertragsfrage wurde nach kurzer Diskussion gegen drei Stimmen beschlossen, für die Stadtgemeinde Edm einen Vertrag von 65 S, für alle übrigen dem Zweigverein angehörenden Orte den laut Statut vorgeschriebenen Vertrag zu erheben. Nachdem noch verschiedene Anträge der Mitglieder erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Ermlöse. Der Herr Pfarrer von Grohohren Kron hat am zweiten Weihnachtstages den „Grundstein“ Nr. 61, enthaltend Weihnachtsgesund und Neujahrswunsch, von der Kanzel herunter vorgelesen, aber jedoch die Punkte, die von der Erlösung und dem Heiland handeln, und hat sich dabei so ausgelassen: „Liebe Hausväter und Mütter, dieses Blatt ist gegen die Religion, es will der Glauben vernichten und abschaffen. Ich bitte Euch, weilt sie ab mit diesem Schundblatt; es sollte in keiner christlichen Familie gelesen werden.“ So der Herr Pfarrer. Man hört von diesem Herrn überhaupt keine Predigt. Die Kanzel ist für ihn nur zum Politisieren da. Es war vor acht Jahren ein Pfarrer Namens Rübelle auf dieser Stelle; derselbe hat, wenn er predigte, von Keuschheit, Sittlichkeit und Unschuld nur so getrotzt, und legt sich er wegen Sittlichkeitsvergehen ein Jahr im Justizhaus. Es bestehen in Grohohren zwei christliche Vereine; Ermlöse gehört zur Partei und hat einen Zweigverein. Das Bestreben der Frommen ist nur darauf gerichtet, den Zweigverein auseinanderzubringen. Dieses wird ihnen jedoch nicht gelingen. Es ist ein friedliches und festes Zusammenhalten bei uns, dagegen herrscht bei den Christlichen Uneinigkeit, Haß und Zwietracht. Es sind lauter Wölfe in Schafsheiden.

Karlruhe. Am 7. Januar fand in Mörzsch eine öffentliche Versammlung statt, die vom Zentralverband christlicher Hilfs- und Transportarbeiter und Arbeiterinnen und verschiedener Berufe Deutschlands einberufen war. Ein Herr Bühner aus Mannheim referierte über die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften. Er schilderte die Lage der Arbeiter und nannte es den Bug der Zeit, daß sich alle Gruppen organisieren. Deshalb müßten sich auch die Arbeiter organisieren. Denn von den freigelegten Kämpfen der Arbeiter werden nicht nur diese, sondern auch alle anderen Stände betroffen. Aber die Notwendigkeit gerade der christlichen Arbeiterverbände begründete er damit, daß diejenigen, die noch Religion haben, in den freien Gewerkschaften ihrer Meinung nicht freien Ausdruck geben könnten. Sie wollten auch nicht den Klassenkampf, sondern christliche Nächstenliebe predigen. Die Christlichen wollen mit den Unternehmern in Ruhe und Frieden Tarifverträge abschließen, zumal die Unternehmer ein warmes Herz bekunden, wenn gerechte Forderungen gestellt werden. Dementsprechend forderte der Referent die Anwesenden auf, den christlichen Organisationen beizutreten. In die gleiche Kerbe hieb zunächst auch Herr Kott aus Karlsruhe. Auch er betonte die Notwendigkeit der Organisationen. Dann aber hegte er gegen die freien Gewerkschaften, gegen deren Kongresse und Organe, insbesondere gegen den Zentralverband der Maurer Deutschlands, sowie gegen Kollegen Böhmeberg, weil er auf dem Stuttgarter und Kölner Gewerkschaftskongress zugestanden, daß Gewerkschaften und Sozialdemokratie dem Geiste nach eins seien. Anschließendes erschienen auch beide Geistlichen von Mörzsch, Genosse V. Ded, der nun zum Wort gelangte; sprachliche beide Referate. Für die Worte des Referenten Bühner, daß von Verbesserungen, die durch Streiks eintreten, alle Stände Vorteil haben, legte er den anwesenden Landwirten und Mitgliedern des katholischen Männervereins aus Herr. Deshalb sei es auch ungerecht gewesen, daß während des großen Maurerstreiks 1904 so viele Mitglieder des katholischen Männervereins die streikenden Maurer verunglimpften. Das gelte auch für Herrn Pfarrer Röhlisch insofern, als er die Organisation von 99 Arbeiterinnen der hiesigen Lumpensortieranstalt zu hintertrieben sich zur Aufrechterhaltung. Auf den Ruf des Kaplans: Beweist erwiderte Kollege Ded: Es sind Arbeiterinnen, Töchter hiesiger Mitglieder des katholischen Männervereins zu mir in die Wohnung gekommen und haben weinend erklärt, sie würden sich gern organisieren, da die Zustände in den Fabriken sehr schlimm seien, aber sie befürchten um Haus, Brügel; ein anderes Mädchen habe weinend seinen Austritt wieder erklärt mit den Worten: „Der Pfarrer läßt öfter in ihren Eltern Haus, und der würde dann schimpfen, wenn sie der Organisation angethöre.“ Mit der Forderung beider Redner, daß sich alle Gruppen organisieren, ist auch Ded einverstanden, nur finde man seine gut christlichen Vereiner oder christliche Vereine von Grubenarbeitern oder Fabrikarbeitern oder Bauunternehmern. Mit dem Wort „christlich“ werde Mißbrauch getrieben zu dem Zweck, einen Keil in die Arbeiterorganisation zu treiben um Schaden bey

ausgebeuteten Arbeiter. Auch sei es nicht wahr, daß das Unternehmertum ein warmes Herz habe und mit ihm in Ruhe und Frieden Tarifverträge abgeschlossen werden könnten. Gerade deshalb müssen auch die Arbeiter auf ihre Klassenlage aufmerksam gemacht, statt durch die Religionslosigkeit der freien Gewerkschaften getäuscht zu werden. Redner gestellte sodann unter Weiffall das Gebären des Herrn Klotz in Düsseldorf sowie nach dem Speierer Streik und Karlsruhe Plattenlegerstreik. Herr Klotz nahm noch einmal das Wort zu Verunglimpfungen der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften, rief aber solche Unruhe hervor, daß der Vorsitzende es vortag, die Versammlung zu schließen, die von 2 Arbeitern, circa 80 Maurern und 50 anderen Personen besucht war. Bei der Eröffnung der Versammlung hatte der Vorsitzende das merkwürdige Verlangen ausgesprochen, daß nicht wieder in allen Zeitungen über die Versammlung geschrieben werde. — Aufnahmen wurden nicht gemacht.

Frankenberg i. S. Sonntag, den 14. Januar, wurde hier im Saale des „Stadtpark“ eine öffentliche Maurerverversammlung abgehalten, die außerordentlich stark besucht war. Nach Eröffnung widmete der Vorsitzende dem Verstorbenen Karl Kund, Vorstandsmittglied des Kartells, einige Worte des Dankes. Die Anwesenden erten das Andenken durch Erheben von den Plätzen. Hierauf sprach man zum ersten Punkte der Tagesordnung: Bericht der Kommission über die Unterhandlung mit dem Unternehmer. Kollege Pfeil gab bekannt, daß am 10. Dezember eine Sitzung mit dem Unternehmerverband mit folgendem Ergebnis abgehalten wurde: Die zehnständige Arbeitszeit ist vom 1. April ab einzuführen. Ueber die Lohnfrage ergeht man sich nicht, da die meisten Unternehmer nur 87 3 Höchsthöhe geben wollen (wiewohl sie voriges Jahr versprochen hatten, den Lohn wie bei der elfstündigen Arbeitszeit zu bezahlen). Die Kommission war aber damit nicht einverstanden, denn sie wollte die Verantwortung dafür nicht allein auf ihre Kappe nehmen. Mehrere Kollegen sprachen sich gegen dieses Angebot aus. Nach längerer Debatte wurde das Angebot einstimmig abgelehnt. Zum zweiten Punkt: Stellungnahme hierzu, brachte Kollege Behold folgenden Antrag ein: „Die heute Donnerstag, den 14. Januar, tagende öffentliche Maurerverversammlung beauftragt die Kommission, den Unternehmer mitzutheilen, daß die Maurer mit diesem Angebot nicht einverstanden sind, sondern folgendes in der Sitzung bringen: Vom 1. April 1906 ab für jede Lohnklasse den Stundenlohn um 8 3 zu erhöhen.“ Zu diesem Antrag sprach der Kollege Jacob in längerer Ausführlichkeit und wies an der Hand der Statistik nach, die im August 1905 nach dem Streik aufgenommen ist, daß von 117 hier arbeitenden Gesellen nur elf Maurer unter 34 3 Lohn erhielten, er wüßte, daß die Kollegen diesen Antrag annehmen.“ Mehrere Kollegen sprachen sich für diesen Antrag aus, der dann auch einstimmig angenommen wurde. Der Vorsitzende wünschte, daß nun hoffentlich die Lohnfrage auf beiderseitigen Zufriedenheit gelöst werde, und ersuchte die Kollegen, die zur Kommission gehören, im Sinne der gesamten organisierten Maurer zu handeln. Hierauf gab der Vorsitzende den Quartals- und Jahresbericht, erklärte, die Kasse und Bücher revidiert zu haben, und daß den Vertrauensmann zu entlasten. Das geschah. Als Vertrauensmann wurde wiedergewählt Max Palm. Hierauf forderte der Vorsitzende die zahlreich Erschienenen auf, auch in diesem Jahre fest und treu zur Organisation zu halten.

Cera. Sonntag, den 14. Januar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, die von 140 Mitgliedern besucht war. Von Eintritt in die Tagesordnung wurde P. Müller vorwiegend als zweiter Vorsitzender gewählt. Hierauf erstattete Kollege Wassermann den Situationsbericht von 1905, woraus zu entnehmen ist, daß auch das verfloßene Jahr für die Maurer von Cera und Umgegend nicht ohne Kampf gewesen ist, um das im letzten Streik Ertrugene aufrecht zu erhalten. Durch die Einführung des Dautenoffensystems, haben wir ganz erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Vergleichen wir die Jahresabrechnung von 1905 mit den früheren, so muß konstatiert werden, daß diese Einrichtung einen großen Vorteil für den Zweigverein hat. Unser Vortragen muß darauf gerichtet sein, unsere Kasse zu füllen, um bei etwaigen Notkommnissen über genügendes Mittel verfügen zu können. Abgehalten wurden 16 Mitgliederversammlungen, die durchschnittlich von 108 Mitgliedern besucht waren; auch in bezug auf den Versammlungsbesuch muß mehr als bisher gesehen. Man muß doch wohl verlangen können, daß von 650 Mitgliedern mindestens 250 im Durchschnitt die Versammlungen besuchen. Außer den Versammlungen wurden zehn Vorstandssitzungen abgehalten, die sich mit der Tagesordnung zu den Versammlungen zu befaßen hatten. Reserate wurden vier gehalten, davon waren zwei wissenschaftlicher und zwei gewerkschaftlicher Natur; ins Gewerkschaftsamt waren drei, in die Bauarbeiterkommission zwei Vertreter delegiert; außerdem wurde der Verbandstag, der vom 9. bis 16. April in Braunschwieg tagte, durch Kollegen Kuhn besucht. Am 18. November tagte eine Vertrauensmännerkonferenz in Weidau, die sich mit der Zeitlicharbeiterausperrung im sächsisch-schlesischen Webereibeitzir zu befäßigen hatte. Kollege Kuhn war unser Vertreter. An Protokollen und Protokollen wurden 150 Stück Verbandsprotokolle vom achten Verbandstag, 100 Stück Verbandskalender und 9 Exemplare von „Arbeit und Kultur“ verkauft. Zweites Agitation wurde am 21. Mai unter Beteiligung von 30 Mitgliedern ein Ausflug unternommen. Zu Arbeitsgemeinschaften ist es in sieben Fällen zu Neubauten gekommen; Ursache war in zwei Fällen schlechte Behandlung, in vier Fällen Mangel an Bewandlung der Bauverträge. In einem Falle mußte die Arbeit zu Gunsten der Bauarbeiter eingestellt werden, weil diese den vereinbarten Lohn nicht erhielten. Es kam deswegen zu einer Exzerte von Seiten der Bauarbeiter über die Situa, die zwei Tage dauerte und bei der 57-Maurer in Weidenhaft geogert wurden. Das Bauvertragsystem muß noch weiter und fester ausgebaut werden; auf jedem Bau oder bei größeren Reparaturen muß ein Vertrauensmann vorhanden sein, so daß mit Ende November jeder Kollege seine Beiträge bezahlt hat. Auch ist ein besonderes Augenmerk auf die auf den Bauten beschäftigten unorganisierten

zu lenken, denn unserer Bestreben soll und muß sein, nur mit organisierten Kollegen zusammen zu arbeiten; ferner auch organisierten Kollegen zusammenzuarbeiten. Ferner muß es unsere Pflicht sein, nachdem der Zweigverein Cera einen der bedeutendsten und hartnäckigsten Streiks durchgeführt hat, auch als einer der bedeutendsten Zweigvereine bestehen zu bleiben. Hierauf erstattete Kollege Bauer die Abrechnung vom vierten Quartal; für die Quartalsbeiträge die Gesamteinnahme A 2342,90 und die Ausgabe A 2342,90; die Lokalkasse hatte eine Einnahme inkl. Kassenbestand vom vorigen Quartal von A 2149,43; die Ausgabe betrug A 590, so daß ein Kassenüberschuss von A 1558,53 vorhanden ist. Es wurden unter anderem vorkassiert A 136 für Streikunterstützung für drei Zeitungsarbeiter, Streikunterstützung A 137,50, Krankenunterstützung A 116,80, für Rechtschutz und Inhabituierunterstützung A 72,10 usw. Dem Kassierer wurde für seine gute Kassenführung Decharge erteilt. Die Gesamtabrechnung wurde einstimmig wiedergewählt; zur Kontoführung die am 18. Februar in Altenburg stattfindet, wurden die Kollegen P. Wolkemann und G. Lutz gewählt. Da sich in den letzten Jahren die Arbeiten infolge der Mitgliederzahl erheblich vermehrt haben, so wurde die Entschädigung für die Verwaltung etwas erhöht; weiter wurde beschlossen, für die Verwaltung „Arbeit und Kultur“ 75 A aus der Kasse zu bewilligen. Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß in der Arbeitgeber-Zeitung für das Baugewerbe gewarnt wird, Bauarbeiter einzustellen. Da aber schon seit Jahresfrist keine Verhandlungen mehr mit den Meistern gepflogen worden sind, und der Tarif bis 1907 gilt, so soll an den Meistern des Arbeitgeberverbandes herangegangen werden, damit er für sofortige Abstellung dieser Warnung Sorge. Eine lebhafte Debatte entspann sich über das wohl ebenfalls beliebte Akzordpumpen, weil die Kollegen Gering, Harten, Schulz, Erbsen und Weinhard-Frankenthal nach Großen sind und dort im Akzord gepumpt, und auch noch die gute Ausrede gebraucht haben, „im Preußischen sei das Akzordpumpen nicht verboten.“ Es wurde beschlossen, die genannten Kollegen zur nächsten Vorstandssitzung zu laden, um ihnen eine richtige Müge zu erteilen.

Greifswald. Der hiesige Zweigverein hielt Dienstag, den 16. Januar, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die sehr schlecht besucht war. Zunächst gab Kollege Rehberg den Kassenbericht vom vierten Quartal. Danach hatte der Zweigverein am Schlusse des Quartals 105 Mitglieder und einen Lokalkassenbestand von A 166,14. Von den Revisionen wurde der Bericht bestätigt und darauf dem Kassierer Decharge erteilt. In „Verständenes“ berichtete der Vorsitzende, daß der Versammlungsbesuch im verfloßenen Jahre mittelmäßig war. Die Kollegen hätten sich sehr gleichgültig dem Verbands gegenüber benommen. Die Kaufjournalur war im verfloßenen Sommer und bis in den Winter hinein so gut, wie seit langer Zeit nicht. Es fanden noch einige Auseinandersetzungen statt und, bevor die Versammlung geschlossen wurde, ermahnte der Vorsitzende die anwesenden Kollegen, für besseren Versammlungsbesuch zu agitieren.

Sagen. In der Zahlstelle S a s p e fand am 9. Januar eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls, 2. Vortrag des Kollegen Kahl; 3. Wie stellen sich die Kollegen zur Errichtung eines Gewerkschaftsartikels, 4. Verstandenes. Die Sitzung gut besuchte Versammlung wurde um 9 Uhr vom Kollegen Kilian eröffnet. Nach Verlesung des Protokolls hielt Kollege Kahl aus Dortmund einen Vortrag über „Bauarbeiterzucht“. In beiderlei Weise schilderte er die Gefahren und Leiden der Bauarbeiter. Der Redner betrug durch Unfallschaden, die von Jahr zu Jahr wachsen, daß die Umfassung der Kontrollen der Bauvertragsgenossenschaft ungenügend und ihre Zahl zu gering sei. Mit der Wohnung an die Kollegen, träftig zu agitieren, da sie nur als geschlossene Masse diesen Uebelständen abhelfen und dem Ansehen der Unternehmer Trotz bieten könnten, folgte der Redner seinen interessanten Vortrag. Ueber die Errichtung eines Gewerkschaftsartikels entpann sich eine lebhafte Debatte. Der Vorsitzende ersuchte die Kollegen: „mei Delegierte für ein Gewerkschaftsamt zu wählen, dann ein besseres Zusammenwirken der einzelnen Organisationen erzielt würde. Nach längerem Hin- und Herreden wurden auf Antrag des Kollegen Keanbach die Kollegen Kilian und Stiller gewählt, um sich zunächst zwecks Gründung eines Gewerkschaftsartikels mit den einzelnen Gewerkschaften in Verbindung zu setzen. Beim Punkt „Verstandenes“ ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, bei der benähdigt hier stattfindenden Kantentafelverteilerwahl ihre Pflicht zu tun und ihre Stimmen für die von uns aufgestellten Kandidaten abzugeben. Weiter ermahnte er sie, den Verbandsrat mehr zu unterstützen, da die Lokalkasse hier am Orte sehr schwer zu lösen sei. Hierauf erfolgte um 11 Uhr Schluß der Versammlung.

Gau-Samburg. Konferenz in Reindorf. Am 7. Januar wurde in Reindorf eine Konferenz der Vorstände von Schwarzengel und Reindorf abgehalten. Vom Gauvorkand war der Kollege Hugo Rober aus Samburg anwesend. Der Zweck dieser Konferenz war, das Lohngesetz beider Vereine genauer abzugrenzen. Bei der Beratung stellte sich heraus, daß unsere Kollegen in dem Gauverein Reindorf gehörenden Gemeinden Nummhe, Billenlamp und Friedrichsruh ganz merkwürdige Leute sind. Anstatt, das sie verbinden, ihre Lebenslage zu verbessern, beklämpfen sie jede Lohnerhöhung. Der Unternehmer Sachnach hat fast alle Arbeiten in den genannten Orten auszuführen. Er hat dem Zweigvereinsvorstand das Versprechen gegeben, wenn in Reindorf der Lohn erhöht wird, soll er auch verhältnismäßig in dem Gauverein Nummhe-Billenlamp-Friedrichsruh gesteigert werden. Trotz diesem von den Unternehmern gegebenen Versprechen weigern sich die Kollegen, für den in Aussicht gestellten höheren Lohn einzutreten, mit der Begründung, daß dann unter Umständen die Arbeiten an Unternehmern aus Reindorf und Schwarzengel vergeben werden könnten, und diese Unternehmer dann auch aus den genannten Orten Leute mitbringen, wodurch den anwesenden Maurern in Nummhe usw. die Arbeitsgelegenheit beseitigt würde. Es ist traurig, daß unter organisierten Kollegen solche egoistische Anschauungen Platz greifen können. Noch schlimmer ist aber der Fanatismus, mit dem diese Anschauungen vertreten werden. Wenn die Zweigvereinsleitung den Versuch

macht, den Kollegen ihr unheilbares Verhalten vor Augen zu führen, werden sie groß wie Wolvenstroh und drohen, wenn man seitens der Organisation in ihr Arbeitsverhältnis einmischen wolle, aus dem Verband auszutreten. Beschlossen wurde, daß von beiden Seiten, von den Zweigvereinen Schwarzengel und Reindorf, auf die Kollegen von Nummhe, Friedrichsruh und Billenlamp dahin eingewirkt werden soll, daß man dort recht bald die rücksichtlosen Anschauungen über den Gausen wirft und frisch und fröhlich mit den Kollegen in Schwarzengel und Reindorf Schulter an Schulter für bessere Arbeitsbedingungen kämpft, wie diese es in den letzten Jahren ganz besonders getan haben. Außerdem wurde der Wunsch geäußert, daß in nächster Zeit eine Bezirkskonferenz für die Kreise Lauenburg, Stormarn sowie Bergedorf und Geschäft in neßten vierlanden von dem Gauvorkand einberufen wird.

Jena. Sonntag, den 14. Januar, tagte im Cassius „Zur Krone“ unsere Generalversammlung, die gut besucht war. Der Kassierer Klupf erstattete die Abrechnung vom vierten Quartal und den Jahresbericht. Durch Einführung der 40 3-Beitrags- und der Kolportagemarke haben sich die Einnahmen für die Haupt- und Lokalkasse sehr verbessert. Den Jahresbericht gab der Vorsitzende Eudler bekannt. Er bemerkte unter anderem, daß das Jahr 1905 eines der arbeitsreichsten war. Hineisend auf den Streik im vorigen Jahre ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, die rege Bautätigkeit, die sich im Laufe der Zeit entwickelt, zu benutzen, um das im vorigen Jahre nicht Erreichbare diesmal zu erobern. Es sind 30 Versammlungen abgehalten worden, die durchschnittlich zufriedienstehend besucht waren. Bei der Wahl des Vorstandes wurden folgende Kollegen gewählt: G. Eudler als erster Vorsitzender und G. Müller als erster Kassierer. Ueber die Beitragsfrage entstand eine lebhafte Diskussion, da sich die meisten Kollegen nicht an das Datum gewöhnen wollen. Als man im vergangenen Jahre, die Kolportagemarke einführt, weigerten sich die zugereisten Kollegen am meisten, diese zu bezahlen. Um auch in dieser Angelegenheit Ruhe und eine bessere Ueberlicht zu haben, wurde beschlossen, eine Einheitsmarke von 45 3 pr. Woche einzuführen. Auch wurden die Prozente für die Gültigkeitskarte festgesetzt. Mit dem Wunsch, daß die Kollegen die Agitation im neuen Jahre mit aller Energie fortsetzen möchten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Königsberg i. Pr. Mittwoch, den 17. Januar, fand die Generalversammlung unseres Zweigvereins statt. Den Bericht des Vorstandes erstattete Kollege Kriese. Er wies darauf hin, daß das verfloßene Jahr unter dem Einfluß des Streikjahres 1904 stand. Die Unternehmer hatten die schändlichsten Mittel angewendet, um das, was ihnen im Jahre 1904 nicht gelungen war, die Organisation zu bezichtigen, im verfloßenen Jahre zerschulden; aber trotz aller Anstrengungen schloß der Verband, wie der Kassenbericht nachweist, am Schlusse des vierten Quartals 1905 genau so wie vierten Quartal 1904. Es ist sogar noch eine Mehreinnahme von A 61,25 zu verzeichnen und es gelang ferner unter diesen schwierigen Umständen im Jahre 282 Mitglieder aufzunehmen, so daß das Bestreben der Schärfermacher täglich gesteigert ist und begründete Hoffnung besteht, dem Excessivism der Unternehmer bald ein Ende zu bereiten. Im Kampf um die Organisation waren fünf Wappstern notwendig, an welchen 220 Kollegen beteiligt waren. Zwei endeten mit vollem Erfolge, drei dagegen wurden durch den Streikereverband unfruchtbar gemacht; trotzdem in drei Fällen die Unternehmer sich als Sieger betrachteten, so werden sie sich jedenfalls nicht jedes Jahr einen solchen Sieg wünschen, dann würde es schließlich mit ihrer Existenz bald zu Ende sein. Es wurde auch von der Verbandsleitung ersucht, eine Einigung mit den Unternehmern herbeizuführen. Die Sache scheiterte jedoch an dem Starrsinn der Unternehmer, indem sie auf dem Standpunkt stehen, nur dann Frieden im Baugewerbe herbeizuführen zu wollen, wenn sich jeder Maurer verpflichtet, Mitglied des Streikereverbandes zu werden; jedoch ist in letzter Zeit zu verzeichnen, daß eine Anzahl Unternehmer auf diesen Beschluß pfeifen und im Interesse ihres Geldbeutels versuchen, möglichst viele Maurer zu erhalten, und sie wissen denn auch ganz genau, daß gute Maurer im Streikereverband mit Licht zu suchen sind. Was aber den Frieden im Baugewerbe anbelangt, so wird derselbe wohl nicht früher eintreten, als bis die Herren sich bequemen, den Zentralverband als maßgebend anzuerkennen. — Die Gesamteinnahmen im Jahre 1905 betragen A 18 578,54. Was nun der Zweigverein an die Mitglieder geliefert hat, geht aus folgenden Zahlen hervor. Es wurden ausgegeben: für Streikunterstützung A 7922,11, für Gemeindegeldunterstützung A 1477,97, für Rechtschutz und Inhabituierunterstützung A 1298,92, für Kantengeld A 970,15, für Sterbegeld A 295. Die Agitation war, nachdem im Monat Februar Kollege Kriese als bezahlter Geschäftsleiter angestellt worden war, eine äußerst rege. In vier Flugblättern wurden die Kollegen auf die gemeindegeldlichen Bestrebungen des Arbeitgeberverbandes hingewiesen. Außerdem fanden 14 Bezugs- und 95 Wandbesprechungen statt. Ferner 22 Mitglieder- und drei öffentliche Versammlungen. — Die Agitation hat sich aber, was notwendig war, nicht nur auf Königsberg erstreckt, sondern auch auf die Provinz, und sind 4 Touren nach 21 Orten gemacht und ganz wesentliche Erfolge zu verzeichnen. Wir können mit den besten Hoffnungen in die Zukunft blicken, und wenn jeder seine Pflicht tut, wird die Scharte von 1904 wohl im Jahre 1906 ausgeteilt werden. Der Bericht wurde von der Versammlung allgemein gutgeheßen und die Tätigkeit des Vorstandes anerkannt. Die Abrechnungen wurden durch die Mitgliederversammlung der Revisionen glatt erachtet und dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden gewählt: Fritz Schäfer, erster Vorsitzender; Fried. Kriese, erster Kassierer und Geschäftsleiter. In „Verstandenes“ wurde zunächst die Reaktionsleiter der Verbände in Sachen des Bauarbeiterzucht gewählt und an drastischen Beispielen nachgewiesen, wie wenig sich die Verbände um die Sachen bekümmern, selbst wenn Anzeige erpatet wird. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, sobald die Bauarbeiterzucht-Kommission sich zusammengesetzt hat, einen Amateurphotograph anzuschaffen und die „fröhlichen Gerichte“ und fahlen Bauten ohne Schutzvorrichtung zu photographieren, die

Photographie den Behörden einzureichen und energisch Hilfe zu verlangen. Des weiteren wurde die Vertiefung auf der Arbeiterbildungsschule angeregt und liegen sich eine Anzahl Kollegen in die Listen einschreiben. Sodann wurde die Neuerung des Stadterordneten Weiß in der Stadterordnetenversammlung, daß die hiesigen Maurer ständig beurlaubt und leistungsunfähig als die Italiener seien, einer Kritik unterzogen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heute, am 17. Januar, tagende Generalversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands (Zweigeverein Königsberg) nimmt mit Unterstützung Kenntnis von den Neuerungen des Stadterordneten Weiß, daß die hiesigen Maurer verstoßen Leute und minder leistungsfähig sein sollen als die Italiener. Sie weist diese Behauptung auf als ungeschieht zurück und verpflichtet sich, mehr denn je dafür einzutreten, daß sozialdemokratische Stadterordnete gewählt werden, welche dann dafür einzutreten haben, daß die städtischen Bauten in eigener Regie ausgeführt werden. Mit einem Hoch auf den Zentralverband wurde die Versammlung geschlossen.

Königsfütter. Eine qui besuchte Mitglieder-Versammlung hielt unser Zweigeverein am 8. Januar im Vereinslokal im Gasthof „Zu den vier Jahreszeiten“ ab. Der erste Vorsitzende, Kollege Karl Hohmann, begrüßte die qui besuchte Mitglieder-Versammlung zum neuen Jahr und erwähnte die Kollegen, auch ferner treu an der Organisation festzuhalten. Ferner gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kollegen Heinrich Giesecke und forderte die Versammlung auf, ihrem Beileid Ausdruck zu geben. Die Kollegen beklagten dieses durch Erben von den Seiten. Es folgte nun die Beratung der diesjährigen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Lohnarif war von der Lohnkommission ausgearbeitet und mit dem Gewerkschaften, Kollegen Karl Obermeyer, in einer vorhergehenden Sitzung durchberaten worden. Der Tarif wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Kollege Obermeyer erwähnte die Kollegen, eine bessere Agitation vorzunehmen als bisher, hauptsächlich in den umliegenden Ortschaften. Bei der Vorstandswahl wurde der Vorsitzende, Kollege Karl Hohmann, einstimmig wiedergewählt, desgleichen der Schriftführer Otto Wehrhans. Neu gewählt wurde der Kollege August Meyer als Kassierer.

Kronach. Am 7. Januar tagte hier eine Mitglieder-Versammlung. Aus dem Jahresbericht des Vorstandes entnehmen wir folgendes: Am Schlusse des Jahres 1904 zählte der Zweigeverein 82 Mitglieder. Die Agitationsversuche in den Monaten Januar und Februar nügten uns nichts. Der Monat März brachte uns durch die Flugblattagitation einigen Erfolg, indem zwölf Kollegen beitraten. Als aber am 1. März an die Mitglieder die Pflicht herantrat, ihre Beiträge zu zahlen, weigerten sie sich, und es verblieben nur zwölf Kollegen, so daß wir am Schlusse des ersten Quartals 24 Mitglieder zählten. Im zweiten Quartal hatten wir 19 Neuzugänge, 1 Mitglied verstarb und 16 traten aus. Hieran hatten zumeist die Frauen Schuld, sie verbrannten die Mitgliedsbücher oder gaben sie den Kindern zum Spielen. Es wird ihnen aber immer noch von dem Verbrüderungsterroristen weisgemacht, daß wenn ihre Männer oder Söhne den Verbandsangehörigen so tolle Streiche spielen und ihr Geldentgelt in Gefahr. Im dritten Quartal brachten wir es auf 66 Mitglieder. Am 2. Juli wurde unser erstes Stiftungsfest abgehalten, das uns 80 Defizit brachte. Aber von der Zeit an wurden wir allmählich stärker. 83 Aufnahmen hatten wir im dritten Quartal zu verzeichnen und in vier 46. Am Schlusse des Jahres 1905 zählten wir 84 Mitglieder. Im Monat März wurden alle uns zugesandten Flugblätter verteilt und mit denselben alle Orte in unserem Zweigeverein gebiet aufgefunden. Der unmittelbare Erfolg war ein geringer. Ferner wurden 10 allgemeine, 4 Bezirks- und 11 Mitglieder-Versammlungen abgehalten. Die Versammlungen und die Hausagitation, die unser Vertrauensmann an den einzelnen Orten einleitete, brachte uns den oben erwähnten Erfolg. Am Schlusse des Jahres ergab die Zählung einen Mitgliederbestand wie folgt: Breitenloh 19, Kronach 8, Siegetrode 1, Söles 9, Oberrobach 10, Fischbach 2, Zehrfurt 2. Betreffend die Ausbreitung unserer Kollegen bei der Firma Beyer (Hilfste Kronach) erwähnen wir auf den Gewerkschaftsbericht in Nr. 2 des „Grundstein“. Dann wurde der Bericht des Kassierers entgegengenommen. Der Berichtssummaris gestaltete sich so: 110 Eintrittsmarken, 1445 Beitragsmarken, 80 Arbeitslohnmarken und 4 Erloßblätter. Der Mitgliederbestand betrug Ende 1905: 84; Beitragsrückstände sind wenig vorhanden und wurden zumeist noch gefordert. Die Jahresrechnung betrug 1.681,96, die Jahresausgabe 1.829,58, mithin Defizit 1.147,62. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 1.149,82, die Ausgabe 1.410,82, mithin Defizit 260,96. Die Einnahme für die Lokalasse betrug 1.242,14, die Ausgabe 1.211,76, mithin Defizit 30,38. Der Kassierbericht wurde genehmigt und dem Kassierer Decharge erteilt. In den Vorstand wurden gewählt: Georg Schöneim in Breitenloh als erster Vorsitzender, Kaspar Schönstein in Kronach als erster Kassierer. Als Hilfskassierer für Breitenloh wurde Christ. Hopfenmüller gewählt. Zum Schluss der Wahl dankte Kollege Schönstein für die Wiederwahl, bemerkend, daß es ihm lieb gewesen wäre, wenn man einen anderen gewählt hätte, denn er habe bei der Kandidation schon seine Sonne und Feiertage fast alle verwendet; doch die Wiederwahl bemerke ihm zur Genüge das Vertrauen der Kollegen und fordere er diese und besonders den Vorstand auf, kräftig an dem Werk tätig zu sein, besonders durch fleißige Agitation, damit wir endlich einmal auf die Unternehmer dreißig unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen einen Einfluß ausüben könnten. Ferner erwähnte Kollege Schönstein auf die Ausbreitung von Beyer, welche uns 8.899,76 kostete. Dies mußte der Anborn aller Kollegen zu fleißiger Agitation sein. Zur Reform des Kassienwesens und der Einfrierung der Beiträge stellte Kollege Schönstein folgenden Antrag: 1. Im Geldarbeitsjahr 1906 ab Freitag, den 2. März, und so alle Freitage, muß jeder Hilfskassierer sein Quartiermaterial und den „Grundstein“ beim Kassierer in Empfang nehmen. 2. Jeden Montag Abend hat jeder Hilfskassierer sein Kassienbuch, das eingemommene Geld und die etwa nicht verkaufte Marken an den Kassierer abzuliefern, damit derselbe sein Kassienbuch und das Mitgliederverzeichnis richtig führen kann. 3. In jeder Woche werden so viele Marken an jeden Hilfskassierer abgegeben, als Mitglieder in jedem Ort vorhanden sind. 4. Da, wo Schwereigkeiten beim Kassieren vorhanden sind, soll jeder Hilfskassierer 2 A. von der Beitragsmarke erhalten.

5. Bei jeder Quartalsabrechnung findet eine Vorstandssitzung statt, und zwar jeden ersten Sonntag im Monat April, Juli, Oktober und Januar. Bis dahin muß der Kassierer, seine Abrechnung fertiggestellt haben. Zu dem Ende müssen jeden Sonntag vor Quartalsabrechnung alle Beiträge „entfallener“ sein, damit der Kassierer ohne Überbürdung seine Abrechnung machen kann. 6. In jedem Ort wird ein Vertrauensmann gewählt, für 1/3 bis 1/2 jedoch ein Zahlstellenverordneter und zwei Revisoren. Diese Kollegen sind verpflichtet, den vorstehenden Beschluß fest auszuführen. Der Antrag wurde, nachdem er vom Kollege Schönstein begründet worden war, ohne Debatte einstimmig angenommen.

Leipzig. Die hiesigen Maurer hielten am 17. Januar im Volksbau eine qui besuchte Versammlung ab. In derselben referierte Genosse Kästlich über: „Die Unfallversicherung“. In diesem instruktiven und sehr lehrreichen Vortrag beleuchtete Redner den gegenwärtigen Stand der Unfallversicherung und wies auch die fortgesetzte Steigerung der Baumfälle zahlenmäßig nach. Daraus entfiel für die Bauarbeiter die Pflicht, dieser Sache eine viel größere Aufmerksamkeit zu widmen, als dieses bis jetzt gesehen sei. Redner erläuterte in recht verständlicher Weise die einzelnen Bestimmungen des Unfallversicherungs-Gesetzes und zeigte an einigen Beispielen, wie sich der Arbeiter die ihm zustehenden Rechte und Ansprüche erst durch Klagen bis zur höchsten Instanz (dem Reichsversicherungsamt) erkämpfen muß. Die gegenwärtig bestehenden Arbeiterkassengesetze hüten dem Arbeiter noch nicht den ausreichenden Schutz für Leben und Gesundheit, und deshalb mußte es sich jeder Arbeiter zur Aufgabe machen, an dem weiteren Ausbau der Arbeiterkassengesetze mitzuwirken. Eine Diskussion über diesen Vortrag wurde nicht beliebt. Mehr die am 18. Februar in Altenburg stattfindende Konferenzreferierte Kollege Koch. Er wies in kurzen Worten auf die Bedeutung dieser Konferenz hin und betonte die Bestimmungen des Statuts und des Coarregulativs, und empfahl den Anwesenden von dem Recht, fünf Delegierte zu entsenden, Gebrauch zu machen. Die Versammlung schloß mit dem „und delegierte die Kollegen Hiesing, Bauerfeld, Fischer, Gering und Koch. Unter „Innere Berufsangelegenheiten“ gab Kollege Verthold bekannt, daß zur bevorstehenden Gewerkschaftswahl dem Agitationskomitee der Kollege Voltersdorf wieder als Vertreter und der Kollege Oskar Wolf als Ergänzung vorgeschlagen seien. Die Versammlung erklärte sich mit diesen Vorschlägen einverstanden. Hierauf wurde unter anderem der Klagenverband auf den Vauten besprochen. Die Versammlung erklärte nach einer kurzen Diskussion, dieser Angelegenheit eine größere Beachtung schenken zu wollen, und besonders da, wo der Arbeiter von dem Bierumtag interessiert ist. Ferner ersuchte Kollege Verthold den Anwesenden die Anschaffung des „Frohmeisen-Buches „Arbeit und Kultur“. Eine Ausgabe, das man sich im Winter sein Geld dazu habe, sei himmlisch, da das ein großer Teil der Kollegen infolge der gelinden Witterung fast ununterbrochen gearbeitet habe. Ein Antrag, der sich gegen die Schreibweise des „Grundstein“ in Sachen des Ausschusses richtete, wurde zum Zwecke einer reichlicheren Aussprache, bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Der Vertrauensmann betraute die Überlieferung des Bureau nach dem neuen Volksanwaltschaften nötig. Die Versammlung bewilligte dazu auf Antrag des Kollegen Koch 800. Der Kollege Koch fragte an, wie es sich mit der Überhandnahme des dem Unternehmer Steyer verhalte. Hierauf entspann sich eine längere Diskussion, in der die Überhandnahme überhaupt, sowie auch das Verhalten der „Arbeitswilligen“ bei Marien und Kunze an den Bahnhöfen kritisiert wurden, die betreffenden Kollegen sollen streng nach dem Statut und den bestehenden Versammlungsbeschlüssen behandelt werden.

Löwenberg. Am 9. Januar tagte in Höfbers Gasthaus in Plagwitz die Generalversammlung des hiesigen Zweigevereins. Sie war in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung sehr fleißig besucht. Die Mitglieder wollen zwar ihre Lage verbessert haben, aber anstatt durch guten Versammlungsbesuch den leitenden Kollegen die Arbeit etwas zu erleichtern, sind diese größtenteils noch allen möglichen üblen Nachreden seitens der Kollegen ausgesetzt. Bei der Vorstandswahl wurden als Vorsitzender Kollege Kühn in Plagwitz, als Kassierer der Kollege Müller in Görspeissen gewählt. Es folgte nun die Beratung der Lohnarif und die Wahl einer Lohnkommission. Die Abrechnung wurde genehmigt und dem Kassierer durch Erben von den Seiten der Dank abgebetet. In „Verchiedenes“ wurden die Wünsche auf verschiedenen Bauten erörtert und den Kollegen aus Herz gelegt, nicht mit den Kollegen zu liebäugeln, sondern in gehöriger Weise darauf zu dringen, daß Baubüden und Bedürfnisanstalten vorrangsmäßig hergestellt werden. Ferner sei darauf zu bringen, daß ähnliche Verhältnisse, wie sie am Seminarsbau vorliegen, möglichst bald beseitigt werden. Auf diesem Bau muß die Arbeit alle Augenblicke geändert werden, und die Zeit einbüßen. Die Aborte an diesem Bau sind in der schlechtesten Verfassung, und eine Einrichtung zum Urinieren ist überhaupt nicht da, so daß die Arbeiter mit ihrem Urin die Wände absplüßen. Die Baubude läßt auch zu wünschen übrig, da sie viel zu klein ist für die vielen dort beschäftigten Arbeiter.

Lützen (Udmeratz). Sonntag, den 7. Januar, hielt der hiesige Zweigeverein seine regelmäßige Versammlung ab. Bei der Vorstandswahl wurde von den Kollegen der Wunsch geäußert, sämtliche Vorstandsmglieder möchten doch ihre Vemter auf's reue weiter verwalten. Der Vorsitzende erklärte sich hierzu bereit, während der Kassierer nach langjähriger Reivalung sein Amt niederlegte. Dasselbe tat auch der „Grundstein“-vertreiter. Die beiden Kollegen wurden durch Neuwahl ersetzt. Der Schriftführer, die Lohnkommission und die Revisoren nahmen die Wahl wieder an. Im Punkt „Verchiedenes“ wurde der Antrag gestellt, wichtige Versammlungsberichte im „Grundstein“ zu veröffentlichen. Der Antrag wurde angenommen, und der Schriftführer mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt. Weitere Anträge in „Verchiedenes“ wurden vertagt. Zu besagen war noch, daß die Versammlung, die doch wegen der Wahl wichtig war, einen so schwachen Besuch aufwies. Einige Kollegen halten sich für zu „sein“, unser Vereinslokal zu besuchen, und andere sind aus Angst vor einem Posten bei Wintern geblieben. Möchten sich doch alle Kollegen an den wichtigen Versammlungen beteiligen.

Magdeburg. Am 16. Januar tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung im „Deutscherbau“. Der Vorsitzende gab zunächst den Jahresbericht des Vorstandes. Er streifte kurz die Lohnbewegung im Frühjahr und wünschte, daß die Kollegen im neuen Jahre mehr Interesse für den Verband an den Tag legen möchten, um später einen besseren Lohn zu verdienen. Versammlungen haben im verflochtenen Jahre fleißig stattgefunden; in drei wurden Vorträge gehalten. Ausgefallen wegen schwachen Besuchs ist eine Versammlung, 203 Kollegen haben keine Versammlung besucht. Die Abrechnung vom vierten Quartal ergab für die Hauptkasse eine Einnahme von 1.2889,05. An Ausgaben sind zu verzeichnen: an die Hauptkasse abgehandelt an Eintrittsgeldern und Beiträgen 1.929,50, für Sterbeunterstützung 1.025,00, Anteil des Zweigevereins an Eintrittsgeldern und Beiträgen 1.637,05. Die Lokalasse hatte eine Einnahme von 1.416,20 und eine Ausgabe von 1.620,12. Kassienbestand 1.890,08. Die Mitgliederbeitrag betrug am Schlusse des vierten Quartals 629, darunter 11 Ehrenmitglieder. Die Jahresabrechnung ergab: Einnahme für die Hauptkasse 1.0561,05, Ausgabe: Sterbegeld 1.692,50, Mitgliedsbeitrag 1.180, für die Familie Hoch 1.750, Prozente an die Lokalasse 1.252,48, an die Hauptkasse abgehandelt 1.746,27. Einnahme in der Lokalasse 1.897,04, Ausgabe 1.807,86, Kassienbestand 1.890,08. Der Kassierer wurde entlassen. In den Vorstand wurden gewählt als erster Vorsitzender Richter, als Kassierer Schewe. Ein Antrag des Vorstandes auf Einführung von Bezirksversammlungen wird von der Versammlung angenommen. Dann wurden die Bezirksleiter und die Lokale der einzelnen Stadtteile bestimmt. Magdeburg: Bezirksleiter Busch und W. Schulz, Lokale: „Deutscherbau“, „Neue Neustadt“, Bezirksleiter Spengler und Koch, Lokale „Wolter Straße“, „Alle Neustadt“, Bezirksleiter Lange und Schellner, Lokale: „Krone“, „Eudenburg“, Bezirksleiter Grub und Westinger, Lokale: „Königsplatz“. In Wilschdorf sollen die Kollegen Eatin und Brand die Sache einleiten. Da Bucha schlecht vertreten ist, soll die Wahl in der ersten Bezirksversammlung vorgenommen werden. Schewe wünscht dann noch, daß die einzelnen Bezirksleiter das Buch „Arbeit und Kultur“ sich zulegen mögen, da ausgezeichneter Stoff darin enthalten ist, um in den Bezirksversammlungen darüber zu debattieren. Zum Schluss erbat Schewe die Mitglieder, die mit den Extrabeiträgen noch im Rückstand sind, bei den Kolporteurs die Sache zu ordnen.

Marienwerder. Am 14. Januar fand hier die regelmäßige qui besuchte Mitglieder-Versammlung statt. Von Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des fleißig verstorbenen Kollegen Siebig durch Erben von den Seiten gelehrt. Der Vorsitzende hielt einen Vortrag über: „Was hat uns die Vergangenheit gelehrt, und was ist unsere Aufgabe in der Zukunft?“ Unter anderem führte er den Kollegen vor Augen, daß wir im vergangenen Sommer statt 42 3 45-47 3 Lohn erhielten. Wenn die Kollegen im nächsten Sommer ebenso tüchtig zur Fabrik halten würden, seien uns 60 3 pro Stunde sicher, denn die Konjunktur scheint recht gut zu werden. Mit einem warmen Appell an die Mitglieder, immer ihre Pflicht zu tun, schloß der Vorsitzende seinen Vortrag. Viel Arbeit verspricht auch die neue Bahnstrecke Weichselbrücke-Schwenta-Marienwerder. Hierauf verlas der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal, die von den Revisoren bestätigt wurde. Darauf folgte die Neuwahl des Vorstandes. Es wurde als Vorsitzender Adolf Frieze einstimmig wiedergewählt, als erster Kassierer wurde Kollege Hermann Kemke neu gewählt. Drei Kollegen wurden als Hilfskassierer gewählt. Sie erhalten monatlich 1 2. Der Vorsitzende erwähnte zum Schluss zu eifriger Agitation, denn es bleibe noch viel zu wünschen übrig. Mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation wurde die Versammlung geschlossen.

Mittelsch. Sonntag, den 14. Januar, hielt der hiesige Zweigeverein seine erste diesjährige Mitglieder-Versammlung ab, die ziemlich qui besucht war. Nachdem der Kassierer, Kollege Heinrich Samietzki, die Quartalsabrechnung vorlesen hatte und diese vom Vorsitzenden und von den Revisoren bestätigt worden war, wurde dem Kassierer von der Versammlung durch Erben von den Seiten Decharge erteilt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde als erster Vorsitzender Kollege Gentsch-Karmine auf ein weiteres Jahr mit einer Jahresbesoldung von 1 30 wiedergewählt. Als erster Kassierer wurde Kollege Wilhelm Heinrich aus Riegelshöhe mit einer Jahresbesoldung von 1 30 gewählt. Als Hilfskassierer wurden sechs Kollegen gewählt, die von jeder verkaufte Marke 3 3 erhalten.

Nürnberg. Die Section der Hiesener legte hielt am 11. Januar ihre Generalversammlung im „Café Vert“ ab. Der Vorsitzende, Kollege Burger, gab den Jahresbericht und behauptete, seine großen Erfolge konstatieren zu können. Es sei überhaupt in der Organisation sehr, sehr gewesen. Folgender Antrag wurde von der Section bei der Zweigevereinsversammlung eingereicht: „Da laut Beschluß des Zweigevereins der Winterbeitrag von 5 auf 20 3 erhöht und obligatorisch eingeführt wurde, also auch die Mitglieder der Section verpflichtet sind, diesen Beitrag zu entrichten, so beantragt die Section der Hiesener, vom dem auf die Mitglieder der Section entfallenden Winterbeitrag, eine Summe, die drei Viertel des Beitrages ausmacht, der Section zwecks Agitation zur Verfügung zu stellen.“ Begründung: Die Erhöhung des Winterbeitrages soll den Zweck haben, bei einem Streit oder einer Ausbreitung den Mitgliedern außer der statutarisch festgelegten Unterstützung noch eine besondere Unterstützung zu gewähren. Da aber Hiesener bei Streit oder Ausbreitung der Maurer nicht in Betracht kommen, und sie ferner bei Lohnbewegungen, die von ihrer Section geführt werden, auf besondere, außer den festgelegten, Unterstützungen verzichten, so ist die Erhöhung der Winterbeiträge zum Zweck einer besonderen Unterstützung unnützlich. Es ist außerdem eine bestimmte Tatsache, daß es der Section nicht an finanziellen Mitteln zur Agitation gefehlt hat. Dieses hat sich namentlich in letzter Zeit sehr fühlbar gemacht, wo von anderer Seite keine Mittel und Kosten gescheut wurden, um Mitglieder für ihre Sache zu gewinnen. Aus alle dem geht hervor, daß der Antrag getilgt und zur Annahme zu em-

die Agitation hineinräumte, denn 264 Kollegen ständen dem Verbande noch fern.

Güttmann aus Frankfurt a. M. befruchtete die Anstellung eines Beamten für Würzburg.

Kollege Mertel verlas hierauf folgende Resolution, die gegen eine Stimme angenommen wurde: Die heute in Würzburg tagende Konferenz des Maurer von Unterfranken beschließt: Der Vorstand des Zweigvereins Würzburg wird in Verbindung mit dem Gauvorstand beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß für Würzburg zu geeigneter Zeit der Frage der Anstellung eines Kollegen näher getreten wird. Dafür verpflichteten sich die Mitglieder, vom 1. März an einen wöchentlichen Lokalzuschlag zu entrichten.

Über den zweiten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Mertel. Er verlangte in seinem Referate die strikte Innehaltung der statutarischen Bestimmungen, die auf Streiks Bezug haben. Besonders dürfe man, wenn man in einen Kampf eintreten wolle, keine schablonenartige Taktik anwenden. Der Gedanke der Würzburger Kollegen in Bezug auf eine Lohnbewegung liege noch in weiter Ferne. In erster Linie müßte der Zweigverein Würzburg besser ausgebildet und die Kollegen zu standhaften Mitgliedern erzogen werden. Ferner müßte eine gute Baukonjunktur in Aussicht stehen und dies sei für Würzburg nicht der Fall.

Kollege Müller aus Mühlheim berichtete über die Differenzen in Krüffingen und rigte im scharfen Tone die Unfordarkeit.

Kollege Rosentritt aus Würzburg vorbereitete sich über die Absichten des Zweigvereins Würzburg in Bezug auf eine Lohnforderung und meinte, daß es Zeit wäre, den Kollegen ein besseres Einkommen zu verschaffen. Die Baukonjunktur verspreche im Frühjahr eine bessere zu werden, als Kollege Mertel ausgeführt habe, indem fünf große städtische Bauten und ein Kaiserdenkmal zur Vergebung gelangen, wozu allein 280 bis 300 Maurer arbeiten könnten. Weiter seien dem Magistrat Pläne für 22 Neubauten und 98 Umbauten zur Genehmigung unterbreitet.

Kollege Schmitt aus Schweinfurt schließt sich den Ausführungen des Kollegen Rosentritt an und begehrt den Kollegen Mertel als Gemeinshub der Organisation.

Kollege Schönmig aus Nimpur wünscht, daß die Forderungen in die Würzburger Unternehmern eingereicht werden, sobald sich eine günstige Gelegenheit dazu bietet.

Kollege Schamberger aus Würzburg legte ausführlich dar, wie schwer es gehalten hat, die Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Jetzt, wo die in Würzburg beschäftigten Maurer bis auf 10 pzt. organisiert sind, müßte vorgegangen werden, um so mehr, als auch die Baukonjunktur sehr gut zu werden verspreche. Es wäre also keine Futilität, wenn man in diesem Frühjahr die Lohnforderungen einreichen würde.

Kollege Güttmann aus Frankfurt a. M. legte in ausführlicher Weise die Taktik bei Streiks dar und meinte, wenn die Gelegenheit sich biete und ein Sieg zu erwarten sei, solle man auch in den Kampf ziehen, denn für Würzburg wäre es notwendig, bessere Verhältnisse zu schaffen. Kollege Güttmann ersuchte die Kollegen nochmals, kräftig für den Verband zu agitieren, damit auch die noch fernstehenden Maurer in dem Verband ihre Stütze finden. Dann könnten die Kollegen auch gegen das Inuereinkommen Front machen, um sich bessere Existenzbedingungen zu verschaffen.

Kollege Mertel verteidigte nochmals seinen Standpunkt und bewies, daß das Eintreten einer günstigen Baukonjunktur.

Beim dritten Punkt der Tagesordnung stellte Kollege Schmitt aus Schweinfurt den Antrag, das Eintrittsgeld für ausgeschlossene und ausgetretene Mitglieder zu ermäßigen.

Kollege Mertel wies darauf hin, daß dieser Antrag nicht Sache der Konferenz sei, sondern Sache des Verbandes.

Kollege Rosentritt stellte den Antrag, den Gauvorstand zu verpflichten, zu dem Gehalt eines besoldeten Beamten einen Teil zuzugewinnen, bis das Gehalt allein von der Lokaltasse des Zweigvereins Würzburg getragen werden kann.

Der Antrag wurde gegen fünf Stimmen angenommen. Zum Schluß richtete Kollege Mertel noch eine längere Ansprache an die Kollegen und forderte zu kräftiger Agitation für den Verband auf.

Mit einem kräftigen Hoch auf den Zentralverband schloß der Vorsitzende, Kollege Mertel, um 4 1/2 Uhr die Konferenz.

Die klerikalen arbeiterfeindlichen absolutistischen Zentrumsgewerkschaffler in Fulda und Umgebung.

Fulda gehört mit seiner Umgebung zu den „schwarzen“ Bezirken in Deutschland, in denen der katholische Klerus die unumschränkte Macht besitzt. Besonders die Junker mit ihren Lehnrenten, in den ostelblichen Gefilden das absolute Regiment führen und alle Dinge kirchlichen, geschieht es hier durch den Klerus, nur erscheint der klerikale Absolutismus noch gefährlicher als der feudalistische. Er kommt zwar nicht immer in der brutal-rückwärtslosten Form zum Ausdruck, aber er ist demagogischer und heuchlerischer und deshalb auch gefährlicher. Wir wollen heute einige Proben dieses klerikalen absoluten Regiments bringen, soweit er mit unserer Organisation in Berührung kommt.

In Neuhof bei Fulda war es, wo ein christlicher Führer, Zahn heißt der hohle Mann, den Kollegen unseres Verbandes im vorigen Jahre zurief: „Ich werde dafür sorgen, daß Ihr nie mehr ein Lokal zur Versammlung bekommt.“ Gewiß ein sehr charakteristischer Ausdruck von einem Menschen, der sich „Arbeiterführer“ nennt und als Beschützer von Arbeiterinteressen anerkannt sein will. Nach einem solchen Ausdruck dürfte man sich wohl blickig die Frage vorlegen: Wie mag sich wohl zu ein „christlicher“ Schädal die Arbeiterfrage ausmalen? Wie mag bei diesem guten Manne die Freiheit und Berechtigung ausfallen? Aber der christliche Zahn hatte es gar nicht nötig, seine eigene Organisation mit solchen Worten zu rüsten und rüsten die Ansichten an Mitglieder zu bringen, haben doch bereits von jeder die ortsgewaltigen Geistlichen es verstanden, dieses bei den Wirten durchzugehen. Bekannt war es also längst.

Interessant an dem Aussprüche ist die Anerkennung des Protektorats der Geistlichen über die christlichen Gewerkschaften. Am 31. Dezember v. J. hatten wir wieder eine christliche Versammlung in Neuhof, in der der christliche Zahn von seinem „altherwürdigen“ und „hochverdienenden“ Sekretär Weder (Bezirksleiter des christlichen Bauhandwerkerverbandes) glänzend gehalten wurde, und zwar ist Zahn nicht nur um einige Jahehlängen von Weder übertrumpft worden, sondern W hat den höchsten Retard klerikaler Weisheit für „alle Zeiten“ erreicht. Es war eine grundsätzliche Erklärung, ein Programm des klerikalen Absolutismus in wenigen Worten. Weder hat damit auch den letzten Rest seines neutralen christlichen Gewerkschaftsstandpunktes über Bord geworfen und ihn so gründlich in den „schwarzen“ Zentrumschloß getaucht, daß fortan kein Zweifel mehr vorhanden sein kann. — Wir sind zufrieden!

Beim Beginn der erwähnten Versammlung am 31. Dezember riefen unsere Kollegen dem Versammlungseröffner zu: „Auserwahl!“ Der christliche Kollege Jan sofort in Aufregung und meinte: „Das gibt's bei uns nicht!“ Noch deutlicher rodete dann der Referent Weder unter dem ersichtlichen, schmerzlichen Weisfall mehrerer Geistlichen, die am Bureauplatz plaziert waren. Er markierte den klerikalen Absolutismus wie folgt: „Auserwahl gibt's nicht! Wir könnten heute wohl darauf eingegangen, weil wir die Mehrheit in der Versammlung haben, aber das machen wir nicht. Auf eine Auserwahl lassen wir uns nicht ein, da lassen wir uns nicht hineinreden, das machen wir, wie wir wollen.“ Sehr schön! Die Anhänger des W. drückten natürlich gewaltig Weisfall, ohne daran zu denken, daß sie als organisierte Arbeiter ihre eigenen Grundsätze dadurch mit Füßen traten. Dadurch haben sie sich zum Umwall rücksichtlosen Anschauungen gemacht und ihre grundsätzliche Gegnerschaft zur Arbeiterbewegung bekundet. Jetzt erst blähte sich der „kleine, hohle“ Weder mächtig auf, wirkte er doch auch, daß der „lange“ Güttmann im Saale anwesend war. In der nun folgenden Rede des Herrn W. wurde zunächst der Jahreswechsel erwähnt, dann wurden in einwörtlicher Rede die Kämpfe mit den Unternehmern in verflochtenen Jahre, besprochen, und dann kam der „prinzippielle“ Teil. Diesem Teil der Rede waren dreiviertel Stunden gewidmet. „Weder“ ist die deutsche Gewerkschaftsbewegung gespalten, meinte W., aber die religionsfeindliche Sozialdemokratie sei schuld daran; die Festartikel im „Grundstein“ und das „Prophetische Buch Arbeit und Kultur“ müssen als Beweis dienen. Große ist natürlich ein u m e r k e r t und der Zentralverband noch dummer, weil er sich den dummen Frohnte ausgesucht hat, das Buch zu schreiben. Dann brachte Weder seine eigene Offentheorie vor vom Standpunkte einseitiger, öder, flacher klerikaler Anschauung. Natürlich wurden diese absolutistischen „Wahrheiten“ von den Anhängern des W. mit frenetischer Jubelstimm Weisfall gefeiert. Über immer höher stieg der Nebel an „schamloser, störender Verleumdung, um in der Wortdickaffäre mit höchstem Effekt zu enden. Weder vergaß natürlich das Zitiere nicht; die Zitiere sind in seine starke Seite. Obwohl Weder seine Anschauungen von allen Seiten umfassend geprüft hatte, beschränkte sich der Weisfall auf eine Mindestzeit, die aber um so mächtiger lärnte. Es war in der Diskussion dem Kollegen Güttmann leicht, die ganze Rederei Weders auf das richtige Maß zu reduzieren. Er kennzeichnete den christlichen klerikalen Absolutismus, den W. so lebendigen Ausdruck gegeben, wies auf die Gewerkschaft der Geistlichen hier am Orte mit satirischer Verbitterung hin, lo auch in Neuhof; kennzeichnete die klerikale Weisheit Offentheorie und markierte die Rücksichtslosigkeit, mit der Weder in allen Dingen mit seinen eigenen Anhängern verfährt. Besonders interessant waren die Ausführungen des, was er die „Bübenjünglichkeit der christlichen Bauarbeiterorganisation“ nachwies, die heute in ihrem ganzen Aufbau ungewöhnlich sei, nicht für die deutschen Maurer erreichen könne noch erreichen werde. Fast 20 pzt. der Nettoeinnahme im ersten Halbjahre 1905 seien für Beamtengehälter und Agitation ausgegeben worden; die Beamtenanstellung und Agitation werde „portomäßig“ betrieben, um den klerikalen Zentrumsgeist zu pflegen. Er (Weder) sei Sozialdemokrat und habe daraus nie ein Geheimnis gemacht, er wünschete, daß alle Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands ebenfalls eifrige Anhänger derselben Partei seien; kein gutes Wirten bewege sich in demselben Sinne. Es gelte, nicht allein die Bevölkerung von der klerikalischen Ausbeutung zu befreien, sondern auch von den Absolutisten, der Volksverdummung, die ebenso gefährlich sei. Das Gegenteil von ihm sei Weder; es eifrige Anhänger der Zentrumpartei trete er für die Volksverdummung ein und erziehe die Verbreitung der Arbeiterklasse durch die Unternehmern. Die Worte Freiheit und Berechtigung seien bei Weder nichts als Phrasen. Wenn Weder ein Freund dieser Freiheit und ein Mann wirklicher Gerechtigkeit sei, dann möge er nur sorgen, daß uns Versammlungslokale zur Verfügung gestellt werden. Das tue er aber nicht, weil er fürchte, daß dann sein letztes Stündlein geschlagen habe. Zum Schluß ermüdete Kollege Güttmann die Mitglieder des Verbandes sowie die Anhänger einer freien unabhängigen Arbeiterbewegung, nur mutig weiter zu kämpfen, der Erfolg werde nicht ausbleiben.

Diesen Ausführungen wurde ein stärkerer Weisfall geollt, als den Weisheiten, ein Beweis dafür, daß es auch in Fulda und Umgebung trage klerikale Verdrückung und Rücksichtslosigkeit vorwärts geht. Unsere Kollegen fordern wir auf, mit aller Entschiedenheit für die Grundzüge der Arbeiterbewegung einzutreten, dann wird Weder mit seinen geistlichen Anhängern in der christlichen Organisation bald allein sein. Die gesamten christlichen Führer, inklusive Weder und Genossen, sind Feinde der modernen Arbeiterbewegung, das hat ihr Auftreten in Neuhof von neuem bewiesen.

Die beiden Ausführungen wurde ein stärkerer Weisfall geollt, als den Weisheiten, ein Beweis dafür, daß es auch in Fulda und Umgebung trage klerikale Verdrückung und Rücksichtslosigkeit vorwärts geht. Unsere Kollegen fordern wir auf, mit aller Entschiedenheit für die Grundzüge der Arbeiterbewegung einzutreten, dann wird Weder mit seinen geistlichen Anhängern in der christlichen Organisation bald allein sein. Die gesamten christlichen Führer, inklusive Weder und Genossen, sind Feinde der modernen Arbeiterbewegung, das hat ihr Auftreten in Neuhof von neuem bewiesen.

Zentralkrankenkasse.
(Grundstein zur Einigkeit.)
In der Woche vom 14. bis 20. Januar sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in

Hamburg M. 400, Potsdam 300, Riepe (Grimma) 200, Niesleben 150, Neumünster 150, Sehrbelin 150, Amel 100, Wolfenbüttel 100, Gerdeleben 100, Saarmund 100, Döben 100, Barchebe 81,40, Gelle 80, Kremmen 77,14, Uckermark 75, Kuboldstadt 50, Seegerberg 50, Gehlenburg 50, Malchin 50, Sottendorf 50, Summa M. 2375,84.

Zufuß gebracht: Haberstadt M. 800, Dresden 300, Minden i. Westf. 250, Nürnberg 200, Danzig 200, Breilin 150, Verderhof 100, Fortk i. d. Banitz 100, Pajnsal 100, Paffenbebe 100, Raibach 100, Schindl 100, Waß-Nickelbach 80, Kemberg 60, Eggelstett 60, Plauen i. Vogtl. 50, Sonnenburg (Neumark) 50. Summa M. 2280.
A l l e n a, den 20. Januar 1906.
Karl Reiß, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submittionen etc.
(Die Zweigvereinsvorstände werden dringend ersucht, über alle in ihrem Bezirk bekannt gewordenen Unfälle, mit kurzer Mitteilung der Begleitumstände und der erforderten Folgen, umgehend an den „Grundstein“ zu berichten. Ebenfalls über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Gehalt von Arbeiterschutzbestimmungen und über Submittionsergebnisse.)

Eine Flegel. In Rastenburg in Ostpreußen ist kürzlich ein Bauteilontwurf der Berufsgenossenschaft von einem oder mehreren Maurern bei der Ausübung seiner Kontrolltätigkeit in schamloser Weise injiziert worden. Man hat ihn mit Mörtel beworfen und ihm zugerufen: „Was willst Du hier auf unserem Baue!“

Es ist selbstverständlich, daß gerade in solche Flegelen entschieden beurteilt müssen. Damit wird dem Bauarbeiterschutz nicht gedient, sondern unsere Sache wird dadurch geschädigt. Wenn wir auch annehmen können, daß sich organisierte Maurer solche Sachen nicht zu schubsen kommen lassen, so wollen wir aber doch darauf hinweisen, daß es unsere Pflicht ist, solchen rohen Treiben entgegenzutreten. Denn dadurch wird nicht nur dem Beamten die Arbeit erschwert, auch das Ansehen der Kollegenchaft muß durch solche Ausschreitungen einzelner leiden. Öffentlich genügt dieser Hinweis, um ähnliche Vorkommnisse für die Zukunft unmöglich zu machen.

Buer. Der Dachbedeckungs-Gesellert fürchte beim Beden eines Hauses durch sämtliche Stadwerke bis auf das Kellergerölle. Er tritt ein Scheitelwerk, schwere Verletzungen des Kopfes, sowie inneren Verletzungen. Die letzten muß ja eine heillose Wirtschaff herrschen. Die letzten muß ja „Arbeitslose“ Unternehmern irgendein recht weites „soziales Gewissen“ zu haben. Man denke sich, ein Dachbeder ist auf dem Boden, dann den gibt es ja nicht, es ist zunächst auf den Boden, dann ist oberste Stadwerk, dieselbe Beschädigung, also noch weiter. Dann durch sämtliche vier Stadwerke — denn anders gibt's noch keinhalten: es ist noch nicht gewöhnt und auch noch nicht gewöhnt. Auf der untersten Seite kann er dann seine Knochen zusammenfassen. Gibt es denn in Buer keine Gebäude, die zur Bautenüberwachung verpflichtet sind? Wo gibt es ein Herz de la Chavallerte (schönig) dort den Amtmannschaften. Aber der hat alle Hände voll zu tun, um die Wirte im Zügel zu halten, die sonst vielleicht fähig wären, ihr Lokal den freien Gewerkschaften zu versammeln zu überlassen. Diese schwere Amtspflicht legt den Herrn Amtmann nicht dazu kommen, für die Überwachung der Bauten so zu sorgen, wie es nötig ist. Wir wollen ihm einen guten Rat geben, wie dem Bauarbeiterschutz in Buer Genüge geleistet werden kann, ohne daß er sich bemüht.

Er, der Herr Amtmann, möge es seinen ihm untergeordneten Polizeiorganen aus strengste verbieten, auf die Wirte einschüchtern einzuwirken, die willens sind, ihr Lokal dem Bauarbeiterschutz zu versammeln zu überlassen. Aber er muß dies Verbote recht streng ausprechen, und auch es ernst dabei ausführen, sonst hilft's nicht! Dann soll er aller Sorgen quitt sein. Wir werden dann dafür sorgen, daß sich alle Gewerkschaften Maurer organisieren, und dann werden wir den Unternehmern jdm Respekt vor Arbeiterknoten beibringen. Wird der Herr Amtmann nicht auf unsere Art hören, dann darf er es uns nicht übel nehmen, wenn wir in Zukunft die verpflichtete Weisheit in Buer beschuldigen, daß mit ihrem Wissen und mit ihrem Willen mit dem Leben und der Gesundheit der Bauarbeiter Einflußer getrieben wird!

Danzig. Es nimmt sich wahrlich wie eine Kundgebung der russischen Negierung aus, die darauf rechnet, ihre Gegner durch ihre Scheinheiligkeit tödlich zu töten, wenn die christliche „Bauarbeiterchaft“ über den Bauarbeiterschutz leitartikel und ihre Mitglieder auffordert, für den Bauarbeiterschutz in wirksamster Weise einzutreten. In der Praxis muß man das genau Gegenteil erleben. Am 12. d. M. wurde dem Vorsitzenden der Bauarbeiterschutzkommission mitgeteilt, daß an dem Neubau Haupt in der Baumgartenstraße keine Baubände vorhanden sei. Nachdem er sich selbst davon überzeugt hatte, schrieb er einen Brief an den Arbeitgeber, worin dieser ersucht wurde, doch eine Baubande zu beschaffen. Als Antwort darauf kam dann der Arbeitgeber her und entließ „unseren“ Kollegen mit der Erklärung, er müsse solange feiern, bis die Baubande fertig sei, das könne aber sechs Wochen dauern. Ubrigens werde er sich jetzt „Christliche“ befragen, dann habe er wenigstens Ruhe. Am 17. fingen, trotzdem sie durch unsere Kollegen von dem Sachverhalt unterrichtet waren, fünf Christliche dort zu arbeiten an, ohne daß eine Baubande beschafft war. Ist es darum ein Wunder, wenn sich die Arbeitgeber weigern, zur Verbesserung des Bauarbeiterschutzes auch nur das geringste zu tun, wenn solches Kruppzeug die Arbeitgeber darin unterstützt? Damit dieser Wubensreich nun von die

sen Wahrheitsmächten nicht bestritten werden kann, seien gleich die Namen dieser „Christlichen“ hier mitgeteilt: Frenmann, Schmidt, Ohl, Kraus und Wischni aus Odra, Schelski unorganisiert. Jede weitere Kritik ist überflüssig.

Amerkung der Redaktion. Die Entziehung anderer Kollegen, der uns dies berichtet, ist nur zu erklärlich, man kann schließlich die „Wahrgewalt“ nicht für jedes Vergehen verantwortlich machen, das von Mitgliedern des christlichen Verbandes begangen wird. Wenn umgekehrt die Christlichen so verfahren, so ist das nicht schön, aber es kann uns nicht verleiten, es uns ebenso zu machen. Wir haben aber trotzdem den Fall der Defensivität unterbreitet, damit eine Abhilfe geschaffen werden kann. Geschieht das nicht, dann allerdings ist die in dem Bericht enthaltene Kritik vollumfänglich berechtigt.

Förderfest. Freitag, den 12. Januar, Abends kurz nach 6 Uhr, stürzte mit donnerartigem Getöse das über Winter neu erbaute Maschinenhaus der Zementfabrik „Garonia“ Glöbe bei Förderfest, ein. Glücklicherweise wurde von den daran beschäftigten Maurern die drohende Gefahr noch rechtzeitig bemerkt, denn nach kaum einer halben Stunde nach dem ersten Anzeichen ging der Bau in sich zusammen. Bei einigermaßen leuchtiger Leitung hätte dieses nicht passieren können. Das Gebäude, die nördliche Front und der östliche Teil waren hochgeklüftet, die südliche Front bildete das alte Maschinengebäude, den westlichen Giebel die Front von der Mühle; das Wellblechdach war festgesteckt, die Zwischenräume, die aus L-Trägern bestand, an denen Stützpfeiler angebracht waren, war vollständig fertig, als man an die Ausschachtung der Maschinenfundamente ging. Der halbe nördliche Giebel und die ganze neu erbaute Front waren bis auf den Reibboden ausgeschachtet (60 cm). An dem Fundament dieser Wände ging man jetzt lotrecht herunter, circa 8 m tiefer als die Sohle, von den Ringstrahlen. Daß bei solcher Arbeit, bei der auch absolut keine Steilvorrichtungen getroffen wären, eine Katastrophe unausweichlich war, mußte der Bauleitung wenigstens bekannt sein. Diese scheint aber auf das Leben ihrer Arbeiter keinen Wert zu legen. Auch ist die Treibeier auf diesem Werke bekannt groß, daß die bei dieser Firma beschäftigten Arbeiter jede Vorkehrung über Unfallversicherung außer acht lassen müssen. Ferner sind auch die Unfallversicherungsarbeiten am Sonnabend erst seit ein Maurer einen Schlag mit einem L-Träger vor den Leib, so daß er umfiel und mittels Kränze nach seiner Wohnung, in Förderfest geschickt werden mußte. Solchen Zuständen, wie sie hier herrschen, gegenüber ist der ernste Arbeiter machtlos. Und solange die Arbeiter noch so indifferent sind und den Wert ihrer Organisation noch nicht erkannt haben, die das Leben und die Gesundheit ihrer Mitglieder zu schützen befreit ist, wird es nicht anders werden. Wir fordern hiermit sämtliche Bauarbeiter auf, sich der Organisation anzuschließen, um solchen Treibeieren ein energisches Halt entgegenzusetzen zu können.

M 6. Ein Baumfall, der sehr leicht hätte schwere Folgen nach sich ziehen können, ereignete sich Freitag, den 19. Januar, Nachmittags kurz nach 6 Uhr, in dem ziemlich fertig gestellten Saal „Terminus“, einem katholischen Vereinshaus. Dort waren Arbeiter damit beschäftigt, Schutt auf einen Haufen zu fahren, als plötzlich die Decke (Gipsbänke), ungefähr 25 qm, nachgab und herunterfiel, einen Arbeiter mit sich reisend. Dieser hat eine Schnittwunde im Gesicht sowie Quetschungen der Schultern und des Rückens davongetragen. Wie leicht hätten mehrere Personen zu Tode kommen können, da in der Frage Stühle und Monture arbeiteten. Ob die Decke durch den Schutt überlastet oder das dazu verwendete Material unzureichend war, wird die Untersuchung ergeben.

Potsdam. Montag, den 15. Januar, stürzte von einem Neubau in der Reigigerstraße der Maurer August Schulz aus Schöneberg aus der dritten Etage in die Tiefe, wo er mit getrocknetem Schutt und Gips in tiefen Wasser das Unglück erlitt und dabei, daß Schulz, der beim Fassandenputz beschäftigt war, beim Aufnehmen einer Bauplatte von dem Schuttgelenk das Gleichgewicht verlor. Die Polizei war alsbald zur Stelle und fand die Nützung sehr befriedigend.

Sarstedt. Sonnabend, den 20. Januar, Morgens, ereignete sich ein Unglücksfall auf dem Neubau der Mühlenwerke. Durch Herabfallen eines Mauerstückes aus der zweiten Etage wurde der Bauarbeiter Karl Kell so auf dem Kopf getroffen, daß er gleich der Länge nach auf dem Rücken lag und ein tiefes Loch in der Stirne hatte. Hierbei stellte sich wieder heraus, wie notwendig das Verbandsgewirk auf dem Bauteil ist; dieses fehlte hier aber gänzlich. Als der Arbeiter aber wieder zu sich kam, mußte er mit offener Wunde zum Arzte gehen, was im Winter doch sehr gefährlich ist; denn das Loch war so tief und lang, daß man gut einen Finger hineinlegen konnte. Der Unglücksfall war, wie in den meisten Fällen, eine Folge der ungeheuren Profitgier der Unternehmer; denn das Treppenhaus, das über 30 m hoch ist, war oben sehr mangelhaft und die unteren vier Etagen waren gar nicht abgedeckt, obgleich in dem Treppenhaus das Material durch einen Gießer in die Höhe geschafft wird, und ein Befehl, der kaum dreiviertel Jahr in der Arbeit ist, die Steine abnehmen muß, wobei es ihm am Sonnabend passierte, daß er einen Stein fallen ließ. Würde der Herr Obermeister von der Innung seine Lehrlinge in Mauerhandwerke ausbilden lassen, anstatt sie als Baubüroarbeiter zu beschäftigen, dann wäre dieser Unglücksfall wohl auch vermieden worden. Aber die Ausbeutung der Lehrlinge steht hier in der Höhe, wie wohl in keiner anderen Stadt. Es wäre auch sehr angebracht, daß sich die Bauberufsgenossenschaft etwas mehr um „Sarstedt“ kümmerte; hier bekommt man oft Mängelungen und Schlingerrisse zu sehen, die nicht mehr schön sind.

St. Johann. Ein baubewerbiger Unglücksfall hat sich am 17. d. M. bei dem Bauniederleger Manke in Wurda zugezogen. Bei der Realisation war ein Maurer damit beschäftigt, einen ungefähr 4 m tiefen Schacht auszumauern. Während der Ausmauerung rutschte dieser, so er nicht abgefreit war, in sich zusammen und begrub den Mann unter sich. Der Verunglückte hat dadurch schwere innere Verletzungen, deren weitere Folgen man vorläufig noch nicht übersehen kann, erlitten. Sein Schwere-Viert wird folgendes Vorwissen auf die dortige Krankenhausverwaltung: Als der Schwerverletzte nach dem Wurdaer Krankenhaus verbracht wurde, ließ man ihn

dort nicht eher ein, bis eine Besichtigung der Ortstrankenkasse Maltau-Birchba beigebracht war, daß er auch Mitglied genannter Kasse sei.

Wiesbaden. Montag, den 15. Januar, verunglückte der Kollege Philipp Allan aus Viersfeld an einem Neubau an der Tommsstraße dadurch, daß er von der Dacheifel eines mit zwei Pferden bespannten Wagens herab auf eine Erdwand gedrückt wurde, daß er schwere Verletzungen des Unterleibs erlitt, die seine Ueberführung in das Krankenhaus notwendig machten.

Nachmals der Hamburger Zentralbahnhof. Zu dieser Sache erhielten wir noch eine Zuschrift, die wir ohne jede Veränderung hier folgen lassen:

Hamburg, den 12. Januar 1906.

Werte Redaktion!
Unterzeichnete bitten um Aufnahme folgenden Inhaltes in den „Grundstein“.

In Ihrem geschätzten Blatt, der „Grundstein“, brachten Sie eine Notiz über die Unfallkatastrophe des Hamburger Zentralbahnhofes, was nicht den Tatsachen entspricht. Am 4. Oktober sollen vier Mann verunglückt sein, worüber wir einstweilen protestieren müssen. Denn am 4. Oktober ist überhaupt niemand verunglückt, sondern der letzte ist am 19. September tödlich verunglückt. Der Fall ist nicht mit der Verunglückung des Arbeiter aus der Transportkolonne. Dieser liegt noch im Krankenhaus, ist aber nicht heruntergestürzt, sondern ist durch Verstoßen an anderer Verunglückung. Ueberhaupt möchten wir gern wissen, wie derjenige heißt, der Ihnen dies erzählt hat. Hoffentlich nennt er uns dann die anderen drei Mann noch mit, die mit ihm am 4. Oktober heruntergefallen sind. Denn wir wüßten nicht mehr am 4. Oktober heruntergestürzt ist. Wenn jemand aber etwas in die Zeitung setzen lassen will, muß dann bei der Wahrheit stehen und nicht lügen. Mit dem Arbeitsgericht und Stengergerichte müssen wir Ihnen mitteilen, daß nicht für jede Kleinigkeit ein Gericht gebaut werden kann. Sie werden auch keine Leute oben finden, die nicht schuldlos sind. Denn Sie werden alle erst gefragt, ob Sie schuldlos sind und sicher im Klaren, bevor Sie eingekerkert werden. Am 29. Dez. 05 sollen vier Mann oben in zwei Meter Höhe auf einem Gerüst von zwei Brettern gearbeitet haben, was auch nicht wahr ist. Denn Schreiber, dieses Schreibens ist selbst dabei gewesen am Rieten. Die vier Meter machen sich Ihr Gerüst schon so groß, daß Sie bauen arbeiten können. Licht ist auch genügend vorhanden, denn jede Kolonne hat seine Benzlampe.

Gottschalkswall
Max Wülfel, Schlosser, J. Schwang, Mieter.
W. Wriedl, Mieter.

Diesem Schreiben ist dann noch folgende Mitteilung an die Redaktion des „Grundstein“ angefügt:

„Da wir den „Grundstein“ nicht zum Lesen bekommen, und für uns die „Metallarbeiter Zeitung“ mangelhaft ist; bitten wir Sie ergebenst, uns ein Exemplar zuzuschicken und zwar an die Adresse“ usw.

An und für sich ist der Brief ein trauriges Dokument für die Volkshilfsverhältnisse in der Heimat dieser drei Helden. Sonst soll er beweisen, daß die im Wahnsinnbau beschäftigten Leute mit den dort vorhandenen Schutzvorrichtungen zufrieden sind. Das ist überaus bedauerlich. Da sollte einen bald ein Gefühl der Neue befehlen, daß man für diese Leute eingetreten ist; es bleibt freilich fraglich, ob alle dort Beschäftigten so denken. Selbstverständlich kann auch diese — vermuthlich bestellte — „Kundgebung“ an unserem Urteil nicht das geringste ändern. Im Gegenteil, wenn die Leute schon vor ihrer Einstellung gefragt werden, ob sie gut klären können, dann muß das nur unsere Ueberzeugung stärken, daß die Schutzvorrichtungen auf dem Wahnsinnbau oft mehr als primitiv sind. Die drei besetzten, daß am 29. Dezember einige Mieter auf einem recht schmalen Gerüst ohne Schutzgitter gearbeitet hätten. Damit wissen wir, wie die Schreier zu schätzen ist. Diese Lataien mögen unferntwegen alles mögliche beweisen, alle unsere Behauptungen aus der Welt beseitigen — was wir mit eigenen Augen handgreiflich vor uns gesehen haben, das steht für uns fest. Wenn nun schließlich diese drei noch befragen, daß Abends bei dem Licht von Benzlampen gearbeitet wurde, so nehmen wir mit Genugtuung Notiz davon, übrigens hatten wir das am 8. Januar, Abends kurz vor 6 Uhr, selber bemerkt. In der dem Schreiben beigefügten Mitteilung verkehren die drei dann den Anschein zu erwecken, daß sie Mitglieder des Metallarbeiterverbandes seien, daß dieser Bestimmung halten wir das für ausgeschlossen; für solche Gewerkschaftslogen müßten wir uns denn doch bedanken.

Nachschrift. Vorstehende Zeilen sollten bereits in voriger Nummer erscheinen. Durch großen Stoffmangel müßten wir sie jedoch, wie so manches andere, zurückstellen. Durch diesen Fall haben wir die Gewißheit erlangt, daß es sich tatsächlich um einen jener bekannten „Arbeiterproteste“ handelt, die so „spontan“ ausbrechen, daß sich die „Brotherhood“ schon im Voraus darauf freuen. Obgleich dieser Protest der drei erst am 25. Januar an der Defensivität zugänglich ist, weiß der „Hamburger Arbeiterrespondent“ schon am 20. Januar davon zu berichten. Man weiß also, was man davon zu halten und wie man diese drei „Protestanten“ zu lagern hat. Derselbe „Arbeiterrespondent“ schwindelt auch seinem Publikum vor, wie selten und wie wichtig die Verzeigung geben, die Anschuldigungen der Staatsanwaltschaft gegen uns gestellt. Unsere Leser wissen, daß wir gar nichts zurückgenommen haben. Wir haben lediglich berichtet, daß wir über die Zahl der Toten falsch über die eigentlichen Methoden des Arbeiterschuces voll aufrecht erhaben und tun es auch heute noch. Die Gewerkschaftverwaltung hat darüber eine andere Meinung. Gläubig ist, daß die Möglichkeit dieser Meinung vom Gericht bestätigt lassen zu müssen, so werden wir das auch zu tragen wissen.

Wo und was gebaut wird. In Döllsdorf wurden M. 300 000 für den Erweiterungsbau des städtischen Sparkassengebäudes bewilligt. — In Gelnhausen i. Hesse

Rassau wird demnächst mit dem Neubau eines Kreisbehördengebäudes begonnen werden. — Sagenau i. G. erhält ein neues Amtsgerichtsgebäude (M. 180 000). — In Gellen a. R. plant die Gemeinde die Errichtung eines großen Warenbodens lomb eines Kurhauses. — In Garzburg (Gaz) wird ein Krankenhaus erbaut werden. — In Gottau i. S. wird ein neues Kreisbehördengebäude beschlossen (M. 180 000). — Die Stadt Apolda läßt ein neues Gebäude für die Sparkasse erbauen (M. 200 000). — In Saalfeld a. d. Saale will die Stadt eine Winterbadeanstalt erbauen lassen, sie soll noch vor nächsten Winter fertig sein. — In Annaberg i. S. läßt die kaiserliche Regierung ein Gebäude für das Hauptpostamt errichten. — Die Stadt Ebenrod i. S. erhält ein neues Rathaus (M. 148 000). — Der Kreis Jälichau i. Brandenb. läßt in dieser Stadt ein Strelshaus erbauen. — Eine private Gesellschaft in Nürnberg läßt ein Gesellschaftshaus erbauen (M. 250 000). — Hersbruck i. Bayern. Der Stadtmagistrat hat die Erbauung einer Wabankstalt beschlossen. — In Winterdorf b. Weueltzig plant man den Neubau einer Kirche. — Utenessen. Der Neubau des Realgymnasiums ist gesichert (M. 370 000). — Neustadt i. Böhren. Die Stadtgemeinde wird eine Volkshilfsanstalt mit Zentralheizung des Stadtbauamt erbauen lassen. — Mattorb. Die Gutsbesitzer Gesellschaft für vaterländische Kultur will sich ein eigenes Heim erbauen lassen. — Viesefeld. Die Provinz Westfalen plant, in Verbindung mit den Provinzen Rheinland, Hessen-Nassau, Hannover und Sachsen, die Errichtung eines Sanatoriums in der Gegend bei Nauen, Ohren- und Halskrank. — Wörlitz b. Magd. Der Gemeinderat hat den Bau eines Stadtbades beschlossen (M. 270 000). — Mainz. Das Stadtbüreau soll mit M. 377 000 feierlicher umgebaut werden. — Oberhof i. Thür. Die Gemeinde plant den Bau eines Kurhauses mit ausgebildeten Parkanlagen. — Hildesheim. Die Stadt hat M. 100 000 für den Neubau eines Theaters bewilligt. — Ruesel i. W. Ein Kreisbehördenhaus wird für Othland hier errichtet; es ist zur Aufnahme von 150 Patienten berechnung und soll M. 250 000 kosten. — Wamburg. In der Generalversammlung der israelitischen Gemeinde wurde der Neubau einer Synagoge zum Kostenanschlag von M. 800 000 beschlossen. — Wisnau. Die Gemeinde beschließt eine Wabankstalt mit einem Kostenanschlag von M. 108 000 zu errichten. — Wittingen i. Baden. Die katholische Kirchengemeinde wird eine innere und äußere Restauration des Münsters vornehmen lassen. Die Kosten betragen circa M. 320 000. — Wunsiedel. Die Stadt beschließt, das städtische Krankenhaus mit einem Kostenanschlag von M. 218 000 zu erweitern. — Wüstburg. Eine neue Kirche soll an Stelle der Holzkirche in St. Bonifatius zu Wüstfeld errichtet werden. — Chemnitz. Die Stadtverwaltung hat M. 200 000 für den Bau eines neuen Stadtbüreaus bewilligt. — Berlin. Die Darmstädter Bank beschließt, auf der Grundfläche Schinkelplatz 3 und 4, Niederlagstraße 5 und 6a, ein großes Bankgebäude zu errichten. — Siegburg i. Rhld. Der Kreis Sieg wird am 1. März er. mit dem Bau eines Kreisverwaltungsgebäudes beginnen lassen (M. 180 000). — Salsdorf i. Posen. Die Stadtgemeinde wird im Frühjahr mit dem Neubau eines Rathauses beginnen lassen (M. 50 000). — Manser i. Böhren. Die Stadterordneten beschließen den Neubau einer Realschule an der Mauritzstraße, Wunsiedel. Die Stadt wird im Herbst d. J. mit dem Bau eines Krankenhausgebäudes beginnen lassen (M. 218 000). — Wiesbaden. Die Stadterordneten haben M. 189 750 für den Bau und Erweiterungsbau der Gewerkschule bewilligt. — Oherholz-Schwarmbad. Die Gemeinde Oberholz wird ein Volkshaus errichten lassen. — Weiskesfeld. Der Kreisrat genehmigt den Neubau des Strelshauses. — Gumburg. Die Kirchengemeinde von St. Pauli beschließt, eine zweite Kirche zu erbauen. — Wobensatzka i. Pol. Die israelitische Gemeinde hat den Bau einer neuen Synagoge (Kosten M. 180 000) beschlossen. Im Frühjahr soll mit dem Bau begonnen werden. — Dresden. Der Vizepräsident des Bergarbeitervereins beschließt, ein großes Theaterrathaus, verbunden mit Kongressaal und einigen Wohnhäusern, zu errichten. Die Kosten sollen M. 4 600 000 betragen. — Halle a. d. S. Ein neues Amtsgerichtsgebäude soll hier erbaut werden; auch für das Gerichtsgefängnis sind Umbauten geplant.

Die Kosten des Simplotunnels belaufen sich nach einer kürzlich erschienenen amtlichen Mitteilung bis Ende 1904 auf Frs. 67 229 000. Das Jahr 1905 erforderte weitere Frs. 8 250 000, so daß der Simplotunnel im ganzen Frs. 75 485 000 veranschlagt hat, oder rund vier Millionen pro Kilometer. Das Geld dazu kam zum größten Teile aus der Schweiz. Die Simplotbahn ist somit die relativ teuerste Bahn der Erde.

Aus Unternehmerkreisen.

Der Solaweschel. In Augsburg hatten schmerzlich 89 Schreinermeister vereinbart, die Forderungen der Gehülften nicht zu bewilligen; um diese Vereinbarung auf feste Füße zu stellen, hatten die Beteiligten Solaweschel zu hinterlegen, die bei Bruch der Vereinbarung, fällig werden sollten. Die Höhe der Bewilligung war abhängig von der Zahl der Gehülften; für jeden Gehülften, den ein Vereinbarung untreu gewordener Meister beschäftigte, sollten M. 50 bezahlt werden. Nun trat ein Meister, der sieben Gehülften beschäftigte, von der Vereinbarung zurück und bewilligte die Forderungen der Gehülften. Nun ihm wurde fest die Einlösung seines Beschlusses in Höhe von M. 350 verlangt und, als er nicht zahlte, wurde das Gericht angerufen. Der Vertreter der Meister befand sich vor Gericht, daß von einer Vereinbarung, wie der vorliegenden, jederzeit zurückgetreten werden könne; aber was der Beklagte dem Rücktritt schon einbezahlt habe, sei verfallen, denn der Solaweschel sei an Zahlungssatz gegeben und habe die Gültigkeit eines Wertpapiers. Der Vertreter des Beklagten führte dagegen an, daß der Solaweschel kein Zahlungsmittel, sondern ein Zahlungsbewilligung sei, weshalb auch nicht von einer bereits erfolgten Leistung gesprochen werden könne. Ferner behauptete er die Ansicht der Kläger, daß der Solaweschel als Kaution gelte und daß der Betrag hierfür verfallen sei, denn wenn man eine Kaution für eine zu erfolgende Leistung hinterlege, und dann das Verpfändete, die Leistung zu erfüllen, zurückziehe, so habe im selben Moment auch die Kaution ihren Zweck verloren. Den Einwurf des klägerischen Anwalts, daß § 152 der R.-O.-D. finde nur auf Arbeiter Anwen-

lung, da nur der Arbeiter nach besserem Lohn und Arbeitsbedingungen trachten konnte, weißt der Anwalt des Arbeitgebers zurück, indem er darauf hinweist, daß in § 152 nicht von „besseren“, sondern von „günstigeren“ Lohn- und Arbeitsbedingungen die Rede sei, und wenn die Schlichtermeister die Einführung einer um eine Stunde pro Tag längeren Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes um 30 % des Tages Lohnes verhindern könnten, so bedeute das für sie Erwerbserwartungen „günstigerer“ Arbeitsbedingungen. Es sei also schwerer allem Zweifel, daß § 152 der N.-G.-O. auch auf Arbeiter Anwendung finde, und dieser Paragraph spreche gegen das Recht zum Rücktritt von solchen Vereinbarungen, ohne daß er Klage oder Einrede zu gewärtigen habe. Der Colowachsel verstoße also gegen das Gesetz und sei demnach rechtswidrig. Ferner verstoße eine solche Arbeitsänderung auch gegen die guten Sitten. — Es erging folgendes Urteil: Die Klage der Innungsmeister auf Festsetzung des Arbeitslohs im Betrage von M 350 wird kostenpflichtig abgewiesen. In der Begründung des Urteils wurde hervorgehoben, daß diese Abmachung gegen die gesetzlichen Folgen davon zurücktreten könnte. Ferner stelle sich das Gericht auf den Standpunkt, daß der betreffende Colowachsel nicht Zahlungsmittel, sondern die Klauktion für eine Konventionalstrafe sei, die aber erst verfallen sollte, verfallen sei sie aber noch nicht, weil der Beklagte vorher von der Vereinbarung zurückgetreten sei.

Dies zur Notiz, wenn einzelne Unternehmer jammern, sie könnten die Forderungen nicht bewilligen, weil sie durch Wechselhinterlegung gebunden seien.

Verschiedenes.

*** Deutsche Heimarbeit-Ausstellung.** Am 17. Januar wird in den Räumen der Allen Akademie Unter den Linden Nr. 38 eine Ausstellung von Erzeugnissen der Hausindustrie in Deutschland eröffnet, zu deren Besuch die Unterzeichneten im Namen des Kuratoriums einladen. Die Entwicklung der modernen Industrie hat nicht nur die Konzentration des Fabrikbetriebes gefördert, sondern auch eine Ausbreitung der Heimarbeit in früher ungenutztem Maße bewirkt. Raum ein Gebiet gewerblicher Heimarbeit ist heute ohne Hausindustrie, die sich ebenso in verkehrsarmen Gegenden wie in den Hinterhöfen unserer überfüllten Großstädte angehebelt hat.

Nach vielen Hundertaufenden zählt diese Heimarbeiterschaft, die ganz überwiegend in den elendlichen Verhältnissen dahinsiebt. In engsten Räumen zusammengepökelt, nützen sich hier die Familien vom grauen Morgen bis tief in die Nacht hinein um ein tageslanges Brot. Schwache Greise und Kinder im gartesten Lebensalter müssen mithelfen, damit eben nur das nackte Dasein gesichert wird. Lange Arbeitszeiten, niedrige Löhne, unsichere und ungelobte Verhältnisse sind von einzelnen Ausnahmen abgesehen, die Regel.

Und nicht nur leben die Heimarbeiter selbst in Not und Jammer, sondern sie beschlechtern durch ihren Weltberwerb vielfach auch die Arbeitsbedingungen ihrer Kameraden in Fabrik und Werkstatt und bedrohen durch Waren, die in der Umgebung von Kranen oder durch Leidende selbst angefertigt sind, die Gesundheit abnutzender Käufer.

Der Arbeiterklub und die Arbeiterversicherung des Reichs sind bisher kaum an die Grenzen der Hausindustrie gedrungen. Ja, es ist Tatsache, daß die Regelung der Fabrikarbeit und die Kosten der Sozialversicherung dazu beigetragen haben, daß neue und immer weitere Gebiete der Warenherstellung der Hausindustrie verfallen, deren Arbeiter des häuslichen Schutzes und der staatlichen Versicherung entbehren.

Es wächst sich die Heimarbeit immer stärker zu einem schweren Schaden an unserem Volks- und Wirtschaftskörper aus, der dringend der Heilung bedarf. Diese herbeizuführen, ist die Selbsthilfe der Heimarbeiter außer Stande. Auch Mithilfe und Unterstützung der Wohlhabenden vertragen hier. Das Reich, der Staat müssen einschreiten. Auf dieses Ziel will die Deutsche Heimarbeit-Ausstellung hinweisen. Sie ist entstanden und vorbereitet durch die gemeinsame Arbeit von bürgerlichen Sozialpolitikern der verschiedensten Richtungen und Berufe und von Vertretern der freien Gewerkschaften, der christlichen Gewerkschaften, der deutschen Gewerksvereine und des Verbandes katholischer Arbeitervereine. Wannnächste Unterstützungen haben ihre Arbeit wesentlich gefördert.

Was alles Neden und Schreiben nicht vermag, erstrebt die Ausstellung: An den Erzeugnissen der Heimarbeit selbst werden die zum Teil äußerst niedrigen Löhne und die überlangen Arbeitszeiten aufgezeigt. Was das Auge sieht, glaubt das Herz. Und nicht ohne tiefes Mitleid wird man hier Zustände menschlicher Not sehen, in denen unsere Wohlgenossen leben.

Wir heißen jeden Besucher willkommen, weil wir überzeugt sind, in ihm einen Mitarbeiter an dem Werke der Heilung oder doch der Bänderung der Schäden in der Hausindustrie zu gewinnen.

Berlin, den 12. Januar 1906.

Eingegangene Schriften.

„In freien Stunden“, Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Von dieser Wochenchrift, die in Heften zu je 10 S. erscheint, liegt der zweite Band des neunten Jahrganges nunmehr gebunden vor. Sein Inhalt ist: **Der Kurier des Parnes**, Roman von Jules Verne; **Das Wermächtnis des Bedlar**, Roman von Otto Mühl; **Am Malanergesäß**, Erzählung von Theodor Mügge; **und Wiedererzählung** die **Gröbner** von **W. Müller**, Erzählung von Hermann Kurz. Daneben bietet ein kleines **Faustlied** allerlei kurze unterhaltende und beschreibende Notizen. In dem ersten Heft des letzten beginnenden zehnten Jahrganges kommt der Roman **„Der verlorene Sohn“** zum Abdruck.

Die Bibliotheken der Zweigvereine machen wir auf die bisher erschienenen Bände besonders aufmerksam, sie bieten den Mitgliedern gern gelieferte Romane, Erzählungen und sonstige Unterhaltung. Jeder Band kostet gebunden in Halbkranz M. 4; in Leinen M. 5,50. In Wochenheften abnominiert kostet jedes Heft 10 S. Bestellungen auf die Bände sowohl als auch auf

die wöchentlichen Lieferungen nimmt jede Parteibuchhandlung entgegen.

Kommunale Praxis, Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt, herausgegeben von Dr. Albert Schickel u. a. Das Heftentitel des Breslauer Oberbürgermeisters, der, eine Schule des Wasserleitungs-Fortschritts, die Achtung vor dem Realisationsrecht der Arbeiter seiner Gemeinde dadurch betätigte, daß er den Sprecher einer um Feuerungszulage bittenden Deputation kränkte und dann aus seiner Stellung warf, wird in der neuesten Nummer der kommunalen Praxis nochmals einer gründlichen Besprechung unterzogen. Der ungewöhnliche Fall steht sogar in Vorder-Rußland wohl einzig da und lehrt nachdrücklich, wie not uns eine starke Organisation der Gemeindearbeiter tut. Zu dieser Folgerung gelangt auch die Besprechung in der kommunalen Praxis.

Aus dem sehr reichen Inhalt der vorliegenden Nummer heben wir besonders noch den tiefgründigen Artikel von Dr. Hugo Bindemann über die Verfassung und Verwaltung der Städte in Württemberg und Sachsen hervor. — Probenummern der Zeitschrift kann man jederzeit kostenlos vom Verlage der kommunalen Praxis, Berlin W 15, beziehen.

„Die Neue Zeit“, Heft 17 des 24. Jahrganges, ist soeben erschienen.

„Die Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann sie bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 75 S. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgarter Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 2 des 16. Jahrganges zugegangen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 S., durch die Post bezogen, beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 55 S., unter Kreuzband 65 S. Jahresabonnement M. 2,80.

Von „Wahren Jacob“ ist die Nr. 2 des 23. Jahrganges erschienen. Die beiden vorigen Hefen: „Die konstitutionellen Verfassungen des Parnes“ und „Ein Prediger in der Bälse“ gliedern trefflich die flüssige Verfassungskomödie und die Häßlichkeit Bolodowskys. Der Preis der zwölf Seiten starken Nummer ist 10 S.

Briefkasten.

Zu die Zweigvereinsvorstände!

Von der Nr. 4 des Jahrganges 1905 fehlen dem Verlag einige Exemplare, die die erforderliche Anzahl Einbände herstellen zu lassen. Zweigvereine, die noch überzählige Nummern davon haben, werden hierdurch gebeten, uns diese schnellstens zuzusenden.

Der Verlag des „Grundstein“.

Wegen großen Stoffandrangs mußten verschiedene Berichte zurückbleiben.

Gattungen, St. Versammlungsbericht konnte nicht aufgenommen werden, weil das Papier auf beiden Seiten beschriftet war. Wie oft sollen wir noch darauf hinweisen, daß dies nicht zulässig ist!

Salle, G. Kofshardt. Wir können Ihren Wunsch leider nicht erfüllen. Es wäre zu empfehlen, daß Sie sich selber an die beiden ausländischen Frachtlagerer wenden. Die Adressen lauten für Amerika: Bricklayer and Mason, Indianapolis, (Ind.) U. St. of A. Für Siamarat werden Sie sich an H. Kaschnitz, Röhrenhagen N. Alhambuleh 80, 2. Sat.

Mühlstein, S. W. Sie müssen gegen die zu hohe Veranlagung zur Klassensteuer reklamieren.

Breslau, W. Wir müssen Sie dringen ersuchen, daß Unterstreichen in Ihren Manuskripten und Setzungsanschriften zu unterlassen; wenn etwas zu unterstreichen ist, so machen wir das.

Roth a. Sand, R. Die Versammlungsanzeigen müssen zu jeder Nummer, in der sie erscheinen sollen, besonders eingehandt werden.

J. D. Sie haben alle Ansprüche an die Kasse verloren, da Sie Ihre Mitgliedschaft durch Verlassen des Krankenhauses und des Beschäftigungsortes ohne Genehmigung des Kassenvorstandes freiwillig aufgegeben haben.

Hilber, H. J. Das Urteil wurde von dem Hamburger Gewerbegericht gefällt. Gruß J. St.

Wanne. Wenn wir einen Bericht von Wanne erhalten hätten, so wäre er, falls er nicht zu infallibel gewesen wäre, auch abgedruckt worden. Hier ist aber keiner eingegangen.

Bayreuth.

Die Adresse des Vorsitzenden lautet: **Hans Holmann, 99 Gärten 22**; die Adresse des Kassierers: **Michael Kraus, Eichelweg 3**. [M. 1,50]

Oranienburg. Die Herberge befindet sich im Lokale des **Emil Schumann, Schützenstr. 34**. Der Vorstand. [M. 1,20]

Liegnitz. Der Kassierer **Adolf Babako** wohnt **Frauenstraße 11, 3. Et.** [M. 1,20]

Saarmund. Sonnabend, den 3. Februar 1906;

Achtes Stiftungsfest im Lokale des Herrn Hildebrand. Die Kollegen werden hierzu ergebenst eingeladen. [M. 2,70] Der Vorstand.

Sterbetafel.
(Unter dieser Rubrik veröffentlicht die alle Belegblätter der Verbandsmitglieder, von denen auch innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird: Die Beile fest 16 S.)

Berlin. (Sektion der Pöner.) Am 15. Januar verstarb unser Mitglied **August Schulze** im Alter von 43 Jahren durch Absterben vom Gerüst. — Am 16. Januar verstarb unser altes Ehrenmitglied **Ernst Krause** im Alter von 75 Jahren an Herzschwäche. **Solmar i. Ost.** Am 8. Januar verstarb unser Verbandskollege **G. Geiler** im Alter von 28 Jahren an Herzkrankheit. **Cöpenick.** Am 19. Januar verstarb nach langem Leiden an Herzschlag unser Verbandskollege **Willy Steinbüchel** im Alter von 25 Jahren. **Driesen.** Am 15. Januar verstarb nach kurzer Krankheit unser Mitglied **Otto Steinborn** aus Alt-Sorge im Alter von 27 Jahren an Bubenruhmigung. **Glauchau.** Am 10. Januar verstarb nach langem Leiden unser Kollege **Julius Göthe** im Alter von 33 Jahren. **Karlruhe.** Am 17. Januar verstarb unser Verbandskollege **Karl Kast** aus Dientelthal (Baden-Baden) infolge Lungenerkrankung im Alter von 43 Jahren. **Hünberg.** Am 17. Januar verstarb unser treues Verbandsmitglied **Wilh. Warnke** im Alter von 52 Jahren. **Marienwerder.** Sonnabend, den 18. b. M., verstarb unser treuer Verbandskollege **Richard Liebig** im Alter von 40 Jahren an Nierenleiden. **Meerane.** Am 13. Januar verstarb unser treuer Verbandskollege **Joseph Danna** im Alter von 36 Jahren. **München.** Am 11. Januar verstarb unser Mitglied **Jakob Moosreiner** infolge Unglücksfalles im Alter von 32 Jahren. **Pegau.** Am 16. Januar verstarb unser Verbandskollege **Gustav Schneider** an Infuenza. **Pöten.** Am 14. Januar verstarb unser Mitglied, der Kollege **Josef Nowacki**, nach langem, schweren Herz- und Nagenleiden. **Wiesbaden.** Am 13. Januar verstarb unser treues Mitglied **Wilh. Herbora** im Alter von 24 Jahren an der Prostatierkrankheit. **Ehre ihrem Andenken!**

Versammlungs-Anzeiger.
(Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen der drei Gewerkschaften der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht. Die Anzeigen müssen für jede Versammlung besonders eingekandt werden und bis spätestens am Dienstagmorgen 8 Uhr in unsere Hände sein.)

Verbandsversammlungen der Maurer.
Sonntag, den 28. Januar.

Bayreuth. Im Vereinslokal. Erscheinen aller Mitglieder dringend nötig.
Bernsee. Nachm. 1 Uhr in der Wohnung des Kollegen Carl Prochnow. Rein Kollege darf fehlen.
Döbeln. Nachm. 1 Uhr im Restaurant „Waldenterrasse“. Zahlreiches Erscheinen ist dringend notwendig.
Hilnersee. Vorm. 11 1/2 Uhr im Volksh. „Zum deutschen Gast“ in Altdorf. Burg. L.-D. Vorstandswahl. Uebertragung vom 4. Quartal 1905 und vom Winterergebnis.
Pasewalk. Im Vereinslokal. Vorstandswahl. Alle Kollegen müssen erscheinen.
Scharbeck. Nachm. 4 Uhr Generaterversammlung im Vereinslokal. Alle Kollegen müssen erscheinen.
Schkeuditz. Nachm. 4 Uhr in Schindlers Restaurant. Vorstandswahl. Delegiertenwahl. Gänzliche Kollegen müssen erscheinen.
Stadtdorf. Nachm. 4 Uhr Generaterversammlung bei J. Wunke. Alle Mitglieder müssen erscheinen und die Bücher mitbringen.

Dienstag, den 30. Januar.

Liegnitz. Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal. Jeder Kollege muß erscheinen.

Donnerstag, den 1. Februar.

Berlin. Generaterversammlung. Abends 8 Uhr bei Wille, Brunnenstr. 188. Sektionswahl. Wahl des Gruppenvorstandes und der Kandidaten zur Sektionsleitung. Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig.

Freitag, den 2. Februar.

München. Nachm. 4 Uhr Generaterversammlung in den Zentralfäden, 8. Stod. Eine Kontrollkarte kein Zutritt.

Sonnabend, den 3. Februar.

Ludenscheid. Abends 8 Uhr bei Gaeber, Wilhelmstraße. Referent: Sunold. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Sonntag, den 4. Februar:

Altleben. Nachm. 4 Uhr im Vereinslokal. Wegen Neuwahl des Vorstandes müssen alle Mitglieder erscheinen.
Letschin. Nachm. 8 Uhr bei Reigel. Zahlreiches Erscheinen dringend notwendig.
Neustadt i. Holstein. Extraversammlung bei Lange. Sehr wichtige Tagesordnung. Verbandsänderung sind mitzubringen.
Roth a. Sand. Nachm. 8 Uhr im Vereinslokal. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Mittwoch, den 7. Februar.

Berlin. Wahlkommission. Abends 8 Uhr bei Jansack, Inselstr. 10. L.-D.: Wahl des Gruppenvorstandes. Erscheinen aller Kollegen.

Freitag, den 9. Februar.

Berlin. Wahlkommission. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Canal 1. L.-D.: Wahl des Gruppenvorstandes. Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig.

Öffentliche Maurerverfassungen.

Croppenstedt. Nachm. 4 Uhr in der „Blüthen“. Alle Kollegen, auch die aus der Umgebung, müssen erscheinen.

Zentral-Krankenhaus der Maurer usw.
Sonntag, den 28. Januar.

Rixdorf. Vorm. 10 Uhr bei Fiel, Bergstr. 161-162. Tagesordnung: 1. Jahresabschluss. 2. Uebertragung und Wahl der Ortsverwaltung. 3. Beschließung in Kassenangelegenheiten.

Sonntag, den 4. Februar.

Charlottenburg. Vorm. 10 Uhr im „Vollshaus“, Postenstr. 7, kleiner Saal. Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom 4. Quartal und Jahresbericht. 2. Vorstandswahl. Erscheinen müssen alle.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.